



Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Menschenrechte und friedliche Koexistenz der Staaten: Universalität – Vielfalt – Dialog*

von Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Hans Köchler, Präsident der International Progress Organization

Frieden ist einer der höchsten Werte der internationalen Gemeinschaft. Er ist unverzichtbar für die Verwirklichung der Menschenrechte sowohl auf kollektiver als auch auf individueller Ebene. In der Hierarchie der Menschenrechtsnormen ist das Recht auf Leben – der Grundgedanke des Friedens – grundlegend für die Verwirklichung aller anderen Rechte, seien es politische, wirtschaftliche, soziale oder kulturelle. In der Gemeinschaft der Völker können Staaten nur dann gedeihen, wenn keine Gewalt gegen ihre Souveränität und Unabhängigkeit ausgeübt wird. Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Verbot der Gewaltanwendung in den Beziehungen zwischen Staaten ist ein wesentliches Element der internationalen Rechtsstaatlichkeit.

Die allgemeine Verpflichtung der Staaten, ihre Beziehungen in friedlicher Weise zu gestalten, schliesst gegenseitige Achtung und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten ein. Dies folgt auch aus dem Prinzip der souveränen Gleichheit, welches das Recht jedes Staates beinhaltet, seine Angelegenheiten nach seinen eigenen Traditionen und auf der Grundlage seiner spezifischen Gegebenheiten und Prioritäten zu regeln.

Angesichts dieser universellen Normen, die von den Vereinten Nationen als ihre leitenden Ziele und Prinzipien proklamiert wurden, kann und darf die Verwirklichung der Menschenrechte nicht den Interessen der Machtpolitik untergeordnet werden. Die Menschenrechte spiegeln die unveräusserliche Würde des Menschen wider – sowohl in bezug auf das Individuum (als Bürger) als auch auf die kollektive Organisation des Willens der Bürger (den souveränen Staat). Dies impliziert, dass kein Staat – ob klein oder gross, schwach oder mächtig – danach strebt, andere Staaten zu beherrschen, oder versucht, sein innerstaatliches System, seine soziokulturelle Tradition und Weltanschauung dem Rest der Welt aufzuzwingen.

In dem oben beschriebenen Sinn sind die Menschenrechte – als Ausdruck der Menschenwürde (individuell wie kollektiv) – universell. *Universalität* der Menschenrechte bedeutet jedoch nicht *Einheitlichkeit* ihrer Anwendung. Auf globaler Ebene gibt es eine reiche Vielfalt von Zivilisationen und soziokulturellen Traditionen. Dies spiegelt sich auch in der Sichtweise und Umsetzung der Menschenrechte unter ganz unterschiedlichen historischen Gegebenheiten wider. Wenn man sich für eine globale Friedensordnung einsetzt, muss man also die Vielfalt nicht nur hinsichtlich Kultur, Volkszugehörigkeit, Religion usw., sondern auch im Hinblick auf die sozialen Aspekte der Menschenrechte anerkennen. Entsprechend der unterschiedlichen Ausformung von Zivilisationen und Kulturen gibt es in der Tat eine grosse Vielfalt von Sichtweisen und Paradigmen, was Begriffe wie «Bürger», «Staat», «Individuum», «Familie» oder «Kollektiv» und deren strukturellen Zusammenhang in unterschiedlichen Kontexten betrifft. International hat dies zu einer Vielzahl von Interpretationen sozialer Standards, Konventionen des gesellschaftlichen Anstands, des Protokolls usw. geführt, je nach den nationalen und kulturellen Traditionen.

«Kein Staat hat das Recht, andere über ihre Weltanschauung, ihr Wertesystem oder ihre soziokulturelle Tradition zu belehren. Menschenrechte dürfen nicht zu einem Instrument der Geopolitik werden. Auf der Grundlage der Verpflichtung der Staaten zur Zusammenarbeit für das Gemeinwohl der Menschheit sollte der Menschenrechtsdiskurs statt dessen Teil eines globalen, von gegenseitigem Respekt getragenen Dialoges zwischen Zivilisationen und Kulturen werden.»

Dementsprechend hat im Hinblick auf die Menschenrechte kein Staat das Recht, seine spezifische soziokulturelle Tradition oder sein Wertesystem – im allgemeinen, seine Weltanschauung – anderen Völkern und Staaten zu oktroyieren. Während in bestimmten Traditionen der Schwerpunkt eher auf der Behauptung des Individuums gegenüber dem Staat liegt, verfolgen andere Traditionen einen im wesentlichen gemeinschaftsorientierten Ansatz, der die Rolle des Bürgers mehr in einem integralen Sinn definiert, wonach der Staat nicht in Opposition zur Gesellschaft steht. Dementsprechend ist der einzige adäquate Ansatz im Umgang mit der Vielfalt der Menschenrechtskonzeptionen der auf gegenseitigem Respekt basierende Dialog. In einer internationalen Friedensordnung gibt es eben keinen «paradigmatischen Staat», und es kann keine Toleranz für eine Menschenrechtsdoktrin geben, die auf Bevormundung abzielt und nur den Interessen der mächtigsten Staaten dient.

Die Unterschiede in den Wahrnehmungen und Prioritäten, die mit den sozialen und historischen Besonderheiten der Staaten zusammenhängen, zeigen sich auch im Ratifizierungsstatus der internationalen Menschenrechtsinstrumente. Um nur ein Beispiel zu nennen: Der *Welpakt über wirt-*

schaftliche, soziale und kulturelle Rechte, einer der Kernverträge des globalen Menschenrechtssystems, ist von den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert worden. China hat den Vertrag 1997 unterzeichnet und 2001 ratifiziert. Es versteht sich von selbst, dass ein Land, das einem Vertrag nicht beigetreten ist, nicht als massgeblicher Interpret oder Richter – ganz zu schweigen von der Rolle eines selbsternannten Vollstreckers – der in diesem Vertrag verankerten Rechte auftreten kann. Selbst innerhalb der Gruppe der Vertragsstaaten hat kein Staat das Recht, seine besonderen soziokulturellen Traditionen und die damit zusammenhängenden Sitten und Gebräuche, soweit es die innerstaatliche Umsetzung der Vertragsbestimmungen betrifft, den anderen Mitgliedsstaaten aufzudrängen.

Die Unterschiede bei den Ratifizierungen der Menschenrechtspakte spiegeln die Tatsache wider, dass es auch in der heutigen globalisierten Welt keine Einheitlichkeit der Kulturen und Zivilisationen gibt. Die Leugnung der Vielfalt käme einem im Grunde totalitären Ansatz gleich, der nicht nur den Menschenrechten unmittelbar widerspricht, sondern auch mit der oben erwähnten souveränen Gleichheit der Staaten unvereinbar ist. Ein falscher Menschenrechtsuniversalis-

mus – eine Position, welche die Besonderheiten einer nationalen Tradition als «universell» (und rechtlich verbindlich) erklärt – verkörpert in Wirklichkeit das Erbe des Kolonialismus und insbesondere des Euro- (oder: West-)Zentrismus. *Universell ist das Prinzip der Menschenwürde, nicht aber die Umsetzung des Prinzips in einem spezifischen (soziokulturellen) Kontext.* Der Begriff der Würde findet sich in vielen unterschiedlichen Traditionen. Dies gilt insbesondere für die konfuzianische, christliche und andere religiöse Lehren, aber auch für die säkularen Ideologien des Marxismus oder der europäischen Aufklärung (*Immanuel Kant*).

Ein falscher Universalismus dient vielfach versteckten geopolitischen Interessen. Er liefert den ideologischen Rahmen, mit dem die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten gerechtfertigt werden soll. Die Geschichte der sogenannten «humanitären» Interventionen, insbesondere seit dem 19. Jahrhundert, zeugt von dieser Instrumentalisierung der Menschenrechte.¹ In jüngerer Zeit sind politische und wirtschaftliche Sanktionen mehr und mehr zu einem Instrument der «Durchsetzung» von Menschenrechten in einem vorwiegend utilitaristischen Rahmen geworden. Diese Praktiken widersprechen sich letztlich selbst, wie die umfassenden Wirtschaftssanktionen gegen den Irak (1990–2003) eindringlich vor Augen geführt haben. Anstatt die Menschenrechte zu schützen, verletzten die Staaten, die (über mehr als ein Jahrzehnt) auf der fortgesetzten Durchsetzung dieser Strafmassnahmen bestanden, systematisch die grundlegenden Menschenrechte der gesamten Bevölkerung des den Sanktionen unterworfenen Landes.

Eine Politik des Messens mit zweierlei Mass ist die unvermeidbare Begleiterscheinung dieser Form des ideologischen Imperialismus im Rahmen des weltweiten Ringens um die Macht. Staaten, die im Namen humanitärer Prinzipien ihre Standards anderen Staaten aufzuzwingen suchen, gehen dabei in der Regel *selektiv* vor. Dies gilt

a) für die Auswahl der zu sanktionierenden Länder (diese hängt nicht von der tatsächlichen Lage der Menschenrechte, sondern von geopolitischen Erwägungen ab), und b) für die Gewichtung der Dimensionen in der Interpretation der Menschenrechte.

Letzteres ist der Fall, wenn Staaten die Einhaltung bestimmter Rechte in *einem* Staate monieren, in einem *anderen* Staat aber geflissentlich ignorieren, je nach politischer Opportunität. Oft verletzen die intervenierenden Staaten auch grundlegende Menschenrechte auf ihrem eigenen Territorium oder haben nicht einmal die Verträge ratifiziert, deren Umsetzung sie von anderen Staaten fordern.

Machtpolitisch korrumpierter Menschenrechtsaktivismus läuft Gefahr, die Bemühungen der Vereinten Nationen zur Förderung der Menschenrechte auf der Grundlage von *Unparteilichkeit* und *Inklusivität* zu untergraben und letztlich zu diskreditieren. Dies sind zwei Kriterien, die die Präsidentin des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen, Botschafterin *Nazhat Shameem Khan*, in ihrer Antrittsrede als wesentlich für ein glaubwürdiges Menschenrechtsmonitoring auf globaler Ebene bezeichnet hat.² Nur wenn Unparteilichkeit und Inklusivität beachtet werden, kann die Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte – unter Achtung der natio-

Internationale Menschenrechtskonferenz in China

Mehr als 100 Teilnehmer aus China und dem Ausland nahmen am 8. April 2021 an einer eintägigen Hybridkonferenz* teil, die von der *China Society for Human Rights Studies* gesponsert und von der *Jilin University School of Law* und dem *Jilin University Human Rights Center* organisiert wurde. Der Präsident der China Society for Human Rights Studies, *Qamba Püncog*, hielt die Eröffnungsrede. Frau *Li Xiaomei*, Sonderbeauftragte für Menschenrechtsangelegenheiten im chinesischen Aussenministerium, informierte die Experten über Chinas Teilnahme an der Arbeit des UN-Menschenrechtsrates. Wissenschaftler und Journalisten aus Ägypten, Burundi, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Italien, Kolumbien, den Niederlanden, Norwegen, Österreich und den USA tauschten ihre Beobachtungen über die Vielfalt der Menschenrechtstraditionen in China und ihren jeweiligen Ländern aus. Zu den Vortragenden gehörten *Tom Zwart*, Direktor des *Cross-cultural Human Rights Centre* an der Vrije Universiteit Amsterdam (Niederlande); *Anthony Carty*, Professor für öffentliches Recht an der University of Aberdeen (Grossbritannien); *Rune Halvorsen*, Professor für Sozialpolitik und Co-Direktor am *Centre for the Study of Digitalization of Public Services and Citizenship*, Oslo (Norwegen); und *Harvey Dezodin*, Senior Research Fel-

low am *Center for China and Globalization* und ehemaliger Rechtsberater in der *Carter-Administration* (USA). Ausländische Medienvertreter und Sozialwissenschaftler, die in China ansässig sind, sprachen über ihre Erfahrungen bezüglich der Menschenrechtssituation im Land.

Die Teilnehmer der Konferenz waren sich darin einig, dass eine selbstkritische Haltung – auf allen Seiten – für eine fruchtbare weltweite Auseinandersetzung über Menschenrechte unerlässlich ist. In der Abschlussitzung sprachen chinesische Delegierte die Spannungen zwischen Ost und West an und betonten die Notwendigkeit, Missverständnisse durch faktenbasierte Analyse zu überwinden. Der geschäftsführende Direktor des Menschenrechtszentrums an der Universität Jilin (China), Prof. *He Zhipeng*, Organisator der Konferenz, fasste die Diskussionen zusammen, betonte die kulturübergreifenden Perspektiven der Menschenrechte und brachte die Hoffnung auf einen weiteren Dialog zwischen chinesischen und ausländischen Experten zum Ausdruck.

* Eine Hybridkonferenz besteht aus der Kombination einer «Live»-Personenveranstaltung mit einer «virtuellen» Online-Komponente. (Anm. der Redaktion)

Quelle: Pressemitteilung der International Progress Organization vom 8. April 2021 (Auszug) (Übersetzung Zeit-Fragen)

* Hauptvortrag bei der Internationalen Menschenrechtskonferenz, veranstaltet von der *China Society for Human Rights Studies* in Zusammenarbeit mit der Rechtsfakultät, dem Menschenrechtszentrum und dem Zentrum für rechtswissenschaftliche Forschung der Universität Jilin in Changchun, China, 8. April 2021

Erklärung der Besorgnis

Untersuchung der «Organisation für das Verbot chemischer Waffen» (OVCW) über den angeblichen Einsatz von chemischen Waffen in Douma, Syrien

Wir möchten unsere tiefe Besorgnis über die anhaltende Kontroverse und die politischen Auswirkungen zum Ausdruck bringen, die es um die OVCW und ihre Untersuchung über den angeblichen Angriff mit chemischen Waffen in Douma, Syrien, am 7. April 2018 gibt.

Seit die OVCW ihren Abschlussbericht im März 2019 veröffentlicht hat, haben zahlreiche, beunruhigende Entwicklungen ernste und erhebliche Besorgnis hinsichtlich der Ausführung dieser Untersuchung hervorgebracht. Zu diesen Entwicklungen gehören Fälle, in denen Inspektoren der OVCW, die an der Untersuchung beteiligt waren, erhebliche verfahrensbezogene und wissenschaftliche Unregelmäßigkeiten, das Fehlen einer erheblichen Menge an beweiskräftigen Dokumenten festgestellt und belastende Aussagen bei Sitzungen des UN-Sicherheitsrates gemacht haben.

Es ist nunmehr allgemein bekannt, dass einige hochrangige Inspektoren, die an der Untersuchung beteiligt waren, einer von ihnen in zentraler Position, die Art, in der die Untersuchung ihre Schlussfolgerungen ableitete, zurückweisen. Der OVCW-Geschäftsführung wird vorgeworfen, unbegründete und möglicherweise manipulierte Befunde zu akzeptieren, was schwerwiegende geopolitische und Sicherheitsfolgen hat. Wiederholte Aufrufe von einigen Mitgliedern des Exekutivrates der OVCW, es zuzulassen, dass alle Inspektoren angehört werden, wurden blockiert.

Die Besorgnis der Inspektoren wird vom ersten Direktor der OVCW, José Bustani, geteilt, und eine beachtliche Zahl von führenden Persönlichkeiten hat die OVCW zu Transparenz und Verantwortung aufgerufen. Bustani wurde kürzlich persönlich von wichtigen Mitgliedern des Sicherheitsrates daran gehindert, an einer Anhörung über das Syrien-Dossier teilzunehmen. In einem persönlichen Appell an den Gene-

raldirektor stellte Botschafter Bustani fest, wenn die Organisation sich der Durchführung ihrer Douma-Untersuchung sicher ist, sollte sie keine Schwierigkeiten damit haben, sich mit den Bedenken der Inspektoren zu befassen.

Unglücklicherweise hat die Spitze der OVCW-Geschäftsführung bis heute versäumt, auf die an sie gerichteten Vorwürfe zu antworten. Und obwohl sie gegenteilige Erklärungen abgegeben hat, hat die Geschäftsführung – soweit wir gehört haben – es nie zugelassen, die Bedenken der Mitglieder des Untersuchungsteams angemessen anzuhören, noch hat sie sich mit den meisten von ihnen getroffen.

Statt dessen ist sie der Sache ausgewichen und hat eine Untersuchung über ein bekanntgewordenes Dokument in Verbindung zu dem Douma-Fall eingeleitet. Und sie hat öffentlich ihre erfahrensten Inspektoren dafür verurteilt, dass sie sich geäussert haben.

Besonders beunruhigend ist die jüngste Entwicklung, dass der Entwurf eines Briefes, der – wie es fälschlich hiess – angeblich vom Generaldirektor an einen der andersdenkenden Inspektoren geschickt worden sein soll, einer offenen Quelle, einer Recherche-Webseite, zugespielt wurde. Diese veröffentlichte den Brief und legte dabei die Identität des Inspektors, um den es ging, offen. Das war ein offenkundiger Versuch, den ehemaligen hochrangigen OVCW-Wissenschaftler zu verleumdern.

Noch alarmierender ist, dass kürzlich in einer Serie von BBC 4 Radio eine anonyme Quelle zu hören war, von der es hiess, sie habe Kenntnis von der OVCW-Untersuchung in Douma. In dem Interview mit der BBC brachte diese Quelle nicht nur die zwei Inspektoren in Verfall, die eine abweichende Meinung geäussert haben, sondern auch Botschafter Bustani persönlich. Wichtig ist zudem, dass im Dezember 2020 Informationen bekannt wurden, wonach eine Reihe von hochrangigen

OVCW-Beamten einen der OVCW-Inspektoren, der über Amtsmissbrauch gesprochen hatte, unterstützten.

Die Sache, um die es geht, droht das Ansehen und die Glaubwürdigkeit der OVCW ernsthaft zu beschädigen und damit die zentrale Rolle beim Streben nach internationalem Frieden und Sicherheit zu untergraben. Es ist einfach nicht haltbar für eine wissenschaftliche Organisation wie der OVCW, eine offene Antwort auf Kritik und Bedenken ihrer eigenen Wissenschaftler zu verweigern. Und gleichzeitig mit Versuchen in Verbindung gebracht zu werden, eben diese Wissenschaftler unglaubwürdig zu machen und zu verleumdern.

Darüber hinaus steigen mit der andauernden Kontroverse um den Douma-Bericht auch die Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit von früheren Berichten der Untersuchungsmission (Fact-Finding-Mission, FFM). Dazu gehört auch die Untersuchung über den angeblichen Angriff auf Khan Shaykhun 2017.

Wir sind überzeugt, dass die Interessen der OVCW durch den Generaldirektor am besten dadurch vertreten werden, wenn ein transparentes und neutrales Forum zur Verfügung gestellt wird, in dem die Bedenken aller Ermittler gehört werden können, und zusätzlich sicherzustellen, dass eine vollkommen objektive und wissenschaftliche Untersuchung durchgeführt wird.

Zu diesem Zweck rufen wir den Generaldirektor der OVCW auf, Mut zu zeigen und die Probleme anzugehen, die es innerhalb seiner Organisation hinsichtlich dieser Untersuchung gibt, und sicherzustellen, dass die Mitgliedsstaaten und die Vereinten Nationen entsprechend unterrichtet werden. Wir hoffen und sind überzeugt, dass auf diesem Weg die Glaubwürdigkeit und Integrität der OVCW wiederhergestellt werden kann.

Unterzeichner zur Unterstützung der Erklärung der Besorgnis:

José Bustani, Botschafter von Brasilien, erster Generaldirektor der OVCW und ehemaliger Botschafter in Grossbritannien und Frankreich; Professor Noam Chomsky, Ehrenprofessor der Universität von Arizona und Professor (em.) des Massachusetts Institute of Technology (MIT); Andrew Cockburn, Washington, Herausgeber Harper's Magazine; Daniel Ellsberg, PERI Ausgezeichneter Forschungsfellow, UMass Amherst. Ehemaliger Beamter des US-Verteidigungsministeriums und des US-Aussenministeriums. Ehemaliger Beamter des US-Verteidigungsministeriums (GS-18) und des US-Aussenministeriums (FSR-1); Professor Richard Falk, Professor für Völkerrecht (em.) Princeton Universität; Tulsı Gabbard, ehemalige Präsidentschaftskandidatin und Abgeordnete im Kongress für Hawaii; Professor Dr. Ulrich Gottstein, für die Internationalen Ärzte zur Verhütung des Atomkrieges, IPPNW-Deutschland; Katharine Gun, ehemalige GCHQ (UK-Government), Whistleblower; Denis J. Halliday, beigeordneter UN-Generalsekretär (1994–1998); Professor Pervez Houdbhoy, Quaid-e-Azam Universität und ex Pugwash; Kristinn Hrafnsson, Chefredakteur Wikileaks; Dr. Sabine Krüger, Analytische Chemikerin, ehemalige OVCW-Inspektorin 1997–2009; Annie Machon, Ehemaliger MI5 Offizier, UK security services; Ray McGovern, ehemaliger CIA-Präsidentenberater; Mitbegründer der Veteranen des Nachrichtendienstes für Vernunft (Veteran Intelligence Professionals for Sanity); Elizabeth Murray, ehemalige NSA-Offizierin für den Nahen Osten, Mitglied (pensioniert) der NSA; Veteranen des Nachrichtendienstes für Vernunft (Veteran Intelligence Professionals for Sanity); Sam Adams, Associates for Integrity in Intelligence; Professor Götz Neuneck, Pugwash Rat, Deutscher Pugwash Vorstand; Dirk van Niekerk, Professor, OVCW-Untersuchungsteamleiter, Leiter von OVCW-Sondermissionen im Irak; John Pilger, Journalist und Filmmacher, ausgezeichnet mit Emmy and Bafta; Professor Theodore A. Postol, Professor Emeritus für Wissenschaft, Technik und Nationale Sicherheitspolitik, Massachusetts Institut der Technologie (MIT); Dr. Antonius Roof, ehemaliger OVCW-Untersuchungsteamleiter und Leiter der Industrie-Inspektionen; Professor John Avery Scales, Professor, Pugwash Rat und Dänischer Pugwash Vorstand; Hans von Sponeck, ehemaliger beigeordneter UN-Generalsekretär und Humanitärer UN-Koordinator (Irak); Alan Steadman, Spezialist für chemische Waffenmunition, ehemaliger OVCW-Untersuchungsteamleiter, UNSCOM Inspektor; Jonathan Steele, Journalist, Autor; Roger Waters, Musiker und Aktivist; Lord West of Spithead, Erster Seelord und Chef des Marinestabs 2002–2006; Oliver Stone, Filmregisseur, Produzent und Schriftsteller; Oberst (ret.) Lawrence B. Wilkerson, US-Armee, Gastprofessor am William and Mary College, ehemaliger Stabschef des US-Aussenministers Colin Powell

«Menschenrechte und friedliche ...»

Fortsetzung von Seite 1

nen Souveränität – zur Stärkung der internationalen Rechtsstaatlichkeit und damit zu einer stabilen Friedensordnung beitragen. Dies umfasst das Recht eines jeden Staates – als rechtlich konstituiertes Kollektiv seiner Bürger – auf Selbsterhaltung, wie es zugleich die Pflicht eines jeden Staates zur Einhaltung der von ihm ratifizierten internationalen Verträge begründet. Darin besteht die Herausforderung, der sich die Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen stellen müssen.

Unter diesen Umständen und angesichts des Imperativs des friedlichen Zusammenlebens gibt es bei der Umsetzung der Menschenrechte keinen Raum für ideologische Überheblichkeit. Kein Staat hat das Recht, andere über ihre Weltanschauung, ihr Wertesystem oder ihre soziokulturelle Tradition zu belehren. Menschenrechte dürfen nicht zu einem Instrument der Geopolitik werden. Auf der Grundlage der Verpflichtung der Staaten zur Zusammenarbeit für das Gemeinwohl der Menschheit sollte der Menschenrechtsdiskurs statt dessen Teil eines globalen, von gegenseitigem Respekt getragenen Dialoges zwischen Zivilisationen und Kulturen wer-

den. Die Vereinten Nationen sollten den Austausch von Erfahrungen, *sine ira et studio*, bei der Umsetzung der grundlegenden Rechte ermöglichen. Debatten hierüber dürfen nicht als Werkzeug der Indoktrination oder als Instrument der globalen Konfrontation benutzt werden. In dem heutigen multikulturellen – und zunehmend multipolaren – Umfeld ist kein Platz mehr für eine Unterdrückung der Vielfalt der Menschenrechtsauffassungen im Namen der Menschenrechte. Dementsprechend müssen internationale Strategien und Initiativen einem multilateralen Ansatz folgen, der von der Denkweise der Zusammenarbeit unter Gleichen geprägt ist. Nur dann

stehen sie im Einklang mit der feierlichen Verpflichtung, die die Gründer der Vereinten Nationen eingegangen sind, «Duldsamkeit zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben».³

¹ Köchler, Hans. «Humanitarian Intervention against the Backdrop of Modern Power Politics / Chinese», in: *Xiandai Guojì Guanxi / Contemporary International Relations*, Monthly Chinese Edition, Beijing, Nr. 9, fortlaufende Nr. 143 (2001), Seite 28–33.

² United Nations, Human Rights Council, Geneva, 8 February 2021, www.ohchr.org

³ Präambel der Charta der Vereinten Nationen, fünfter Absatz

(Übersetzung aus dem Englischen)

«Schweizer Vorträge – Texte zu Völkerrecht und Weltordnung»

Das im Juli 2019 erschienene Buch *Schweizer Vorträge – Texte zu Völkerrecht und Weltordnung* umfasst eine Sammlung der von Hans Köchler in den Jahren 2011 bis 2018 veröffentlichten Beiträge in der Schweizer Zeitung *Zeit-Fragen*. Die Beiträge beinhalten in erster Linie Vorträge, die er in der Schweiz vor dem Leserkreis der Zeitung gehalten hat. Hinzu kommen Analysen und Interviews, die grundlegende Positionen zum Zeitgeschehen abbilden.

Hans Köchlers Texte verbinden grundsätzliche rechtsphilosophische Analysen und Überlegungen mit aktuellen Fragestellungen aus Völkerrecht und Weltordnung. So heisst es in einem seiner Texte:

«Mein philosophisch-hermeneutischer Standpunkt ist: Ich kann mich selbst nur voll verstehen, wenn ich imstande bin, einen Bezug zu anderen Identitäten herzustellen. Das gilt für das Indi-

viduum genauso wie für das Kollektiv. [...] Wenn man einsieht, dass die Kenntnis anderer Kulturen Bedingung der Möglichkeit dafür ist, dass man weiss, wer man selbst ist, dann hat man eine ganz andere Basis für das, was man als friedliche Koexistenz bezeichnet, also ein friedliches Zusammenleben zwischen den Kulturen und den Ländern.» (S.27)

«Möge die Lektüre dazu anregen, den Gedanken der Achtung der Kulturen und Menschen voreinander, das Bewusstsein für die Produktivität von Austausch und Vielfalt anstelle gewalttätiger Machtpolitik und die «Notwendigkeit der Verständigung über weltanschauliche Grenzen hinweg» (S.75) zu vertiefen und weiter fruchtbar zu machen.» (Vorwort der Herausgeber, S.10)

In Kürze erscheint eine erweiterte Auflage in englischer Sprache.

Zum Autor



Prof. Dr. phil. Dr. h.c. Dr. h.c. Hans Köchler (*1948) war von 1990 bis 2018 Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck.

Er ist Gründer und Präsident (seit 1972) der *International Progress Organization* (Wien). Seither setzt er sich mit zahlreichen Publikationen, Reisen, Vorträgen und durch sein Mitwirken in verschiedenen internationalen Organisationen für einen Dialog der Kulturen ein und arbeitet in verschiedenen Komitees und Expertengremien mit, die sich mit Fragen zur internationalen Demokratie, zu Menschenrechten und Entwicklung befassen. Hans Köchler ist Mitglied des Universitätsrates der *University of Digital Science* (Berlin). Seit 2018 lehrt er an der *Academy for Cultural Diplomacy* in Berlin. Hans Köchler lebt in Wien.



gebunden, 169 Seiten
ISBN 978-3-909234-23-3

Das Buch kann bestellt werden bei: Zeit-Fragen. Redaktion und Verlag, Postfach, CH-8044 Zürich. E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch, abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch
CHF 30.– / EUR 25.– (zuzüglich Versandkosten)
CH: PC (CHF): 87-644 472-4, IBAN: CH91 0900 0000 8764 4472 4 | BIC: POFICHBEXXX
D: Volksbank Tübingen, IBAN: DE12 6419 0110 0067 5170 05 | BIC: GENODE31TUE
A: Raiffeisenlandesbank, IBAN: AT55 3700 0001 0571 3599 | BIC: RVVGAT2B

Als unparteiische Weltorganisation muss die OVCW der Wahrheit dienen

Desinformation und Propaganda zerstören die Glaubwürdigkeit der Politik

Interview von Karin Leukefeld mit Hans von Sponeck

Am 7. April 2018 fand im syrischen Douma ein angeblicher Chemiewaffenanschlag statt, bei dem 50 Zivilisten getötet wurden. Am 14. April, sieben Tage später, folgte als Reaktion ein Raketenangriff von US-amerikanischen, französischen und britischen Streitkräften auf drei Ziele in Syrien. Diese wurden damit begründet, die syrische Regierung sei für den angeblichen Angriff verantwortlich. Wichtige Informationen und Auffassungen von OVCW-Wissenschaftlern, die damals an der Untersuchung beteiligt waren, werden aber bis heute ignoriert. Mehr noch: Zwei ihrer ehemaligen Wissenschaftler wurden von der OVCW angeprangert, und das der Nato nahestehende Online-Netzwerk Bellingcat versuchte sogar, einen der ehemaligen OVCW-Wissenschaftler zu verleumdern. Dies alles, obwohl inzwischen faktenreiche Dokumente von Wikileaks und Grayzone öffentlich wurden (siehe auch Zeit-Fragen Nr. 5 vom 10. März 2020). 27 ehemalige Diplomaten, hochrangige Militärs, Schriftsteller und Journalisten forderten am 11. März 2021 mit einer «Erklärung der Besorgnis» (siehe Seite 2 dieser Zeitung) von der OVCW Transparenz und Verantwortung, um die Glaubwürdigkeit und Integrität der Organisation wiederherzustellen.

Einer der Unterzeichner der Erklärung ist Hans von Sponeck, ehemaliger beigeordneter UN-Generalsekretär und Humanitärer UN-Koordinator im Irak, mit dem die Nahostkorrespondentin Karin Leukefeld das folgende Interview geführt hat.



Karin Leukefeld
(Bild Tilo Gräser)



Hans von Sponeck
(Bild zvg)

Karin Leukefeld: Herr von Sponeck, Sie sind ein erfahrener UN-Diplomat und kennen den Mittleren Osten, besonders den Irak, aus eigener Erfahrung. Ist der Krieg in Syrien vergleichbar mit dem früheren Geschehen im Irak?

Hans von Sponeck: Keine kriegerische Auseinandersetzung im Mittleren Osten ist so komplex wie der andauernde Konflikt, der Krieg in Syrien, der nun schon zehn Jahre dauert. Der interne Aufstand von 2011 wurde schnell zu einer breiten Konfrontation von Gruppen, die wenig mit dem innersyrischen Konflikt zu tun hatten, aber viel mit nationalen Interessen der Nachbarländer und der von Grossmächten, die ihre eigenen geopolitischen Ziele verfolgten.

Im Laufe der Jahre ist es für Beobachter immer schwerer geworden zu erkennen, wer von den internen und externen Parteien für einzelne Angriffe verantwortlich war. Gleichzeitig nahmen die Zerstörung des Landes und die Verschärfung des Leidens der Menschen unaufhaltsam zu.

Warum eine «Erklärung der Besorgnis»?

Sie haben sich mit einer «Erklärung der Besorgnis» an die «Organisation für das Verbot chemischer Waffen», die OVCW, gewandt. Warum sind Sie besorgt?

Heute ist der Öffentlichkeit bekannt, dass alle Kontrahenten in Syrien – die syrische Regierung, die internen Oppositionsgruppen, selbsternannte Herrscher und andere Staaten – das Kriegs- und das Humanitäre Völkerrecht auf brutalste Weise und wiederholt gebrochen haben. Die 1997 gegründete Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) hat – ganz allgemein – ja den Auftrag, dieses Verbot umzusetzen und für die Vernichtung von chemischen Waffen zu sorgen. In Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen soll die OVCW alles tun, um ein völkerrechtswidriges Vorgehen und den Einsatz von chemischen Waffen zu verhindern. So jedenfalls ist es in der Chemiewaffen-

Kalt abserviert

ef. Vom 20. bis 22. April 2021 fand in Den Haag die 25. Staatenkonferenz der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) statt. Bei dieser Konferenz haben 87 von 193 Staaten dem OVCW-Mitglied Syrien seine Rechte und Pflichten entzogen.

Karin Leukefeld hat in den Nachdenkseiten vom 22. April über diese Konferenz und die Hintergründe ausführlich berichtet. Auf Antrag einer Gruppe von 46 westlichen Staaten «Über den Besitz und Einsatz von chemischen Waffen durch die Syrische Arabische Republik» wurde die Bestrafung Syriens gefordert. Diesem Antrag wurde stattgegeben: «Von den 193 Mitgliedsstaaten beteiligten sich 136 an der Abstimmung. Davon stimmten 87 für die Resolution und folgten damit dem Antrag der EU- und der Nato-Staaten Kanada, USA und Australien. 15 Staaten stimmten gegen die Resolution, 34 enthielten sich.» (Leukefeld) Mit dem Ergebnis, dass Syrien von der OVCW suspendiert wurde.

Konvention vorgesehen, die von den OVCW-Mitglieds- oder -Vertragsstaaten unterzeichnet wurde. Der Auftrag der OVCW in Syrien war genau das, untersuchen und feststellen, ob chemische Waffen eingesetzt wurden.

In der «Erklärung der Besorgnis» geht es ja konkret um den Fall Douma, wo es im April 2018 angeblich einen Chemiewaffenangriff gab.

Fünfzig syrische Bürger sollen dabei getötet worden sein, und zwar, so der OVCW-Abschlussbericht zu Douma, angeblich durch einen Angriff mit chemischen Waffen. Inzwischen ist allerdings die Zahl von Dokumenten, wissenschaftlichen Gutachten und Aussagen von OVCW-Mitarbeitern gestiegen, die

«Auch dazu wurde in dem Abschlussbericht nicht erwähnt, dass Toxikologen des ursprünglichen OVCW-Teams zu dem Schluss gekommen waren, dass der Tod der Zivilisten in Douma nicht durch Chlorgas verursacht worden sein konnte. Und es fehlt auch, dass OVCW-Ingenieure des Teams bezeugt hatten, dass es ballistisch unmöglich war, dass die gefundenen Gaszylinder aus der Luft auf das betroffene Haus abgeworfen worden waren. Vielmehr hielten die Wissenschaftler es für wahrscheinlich, dass diese Zylinder in das Haus getragen und an dem Fundort plaziert worden waren, um ein falsches Bild des Geschehens zu zeigen. [...] Die Unterlagen, die das bestätigen, sind einsehbar. [...] Nur um das noch einmal deutlich zu sagen, das sind keine Vermutungen, sondern Tatsachen.»

bezeugen, dass über das Geschehen damals in Douma ein falsches Bild verbreitet worden ist. Das alles deutet darauf hin, dass ein bestimmtes politisches und militärisches Vorgehen legitimiert werden sollte. Darum haben wir die «Erklärung der Besorgnis» veröffentlicht.

Das ist ein schwerer Vorwurf.

Es geht hier nicht um Spekulation oder Annahmen, sondern um Fakten, die bezeugen, dass das OVCW-Management in Absprache mit verschiedenen Regierungen ein falsches Bild für das Geschehen in Douma aufgebaut hat. Dabei wurde die Verpflichtung der OVCW vergessen, dass sie sich «zu allen Zeiten professionell und mit Integrität zu verhalten habe». So steht es in den selbstgesetzten OVCW-Werten.

Falsche Vorwürfe sind nichts Neues

«Diese Erinnerungen an die Vergangenheit rufen ein bitteres Déjà-vu-Gefühl hervor. Genau wie vor 20 Jahren [im Irak] geben sich unsere westlichen Kollegen heute alle Mühe, die Welt davon zu überzeugen, dass das «Assad Regime» für alle Todsünden verantwortlich zu machen ist, auch im Bereich der Nichtweiterverbreitung [Nonproliferation]. Dabei vernachlässigen sie geflissentlich alle Argumente, die dem von ihnen vorgebrachten Schuldvorwurf widersprechen. Sie verschliessen die Augen nicht nur vor unserer Kritik, sondern auch vor grundlegenden Naturgesetzen, der Physik, der Ma-

Die Untersuchungsergebnisse zweier OVCW-Inspektoren, die den angeblichen Angriff mit chemischen Waffen in Douma am 7. April 2018 als unwahrscheinlich bestätigten, wurden kalt abserviert; ebenso weitere Bemühungen auf internationaler Ebene, wie sie Hans von Sponeck im Interview darlegt und wie sie in der «Erklärung der Besorgnis» zum Ausdruck kommen. Auch ein Vermittlungsvorschlag, den Hans von Sponeck und Professor Richard Falk allen Mitgliedsstaaten der OVCW noch vor der Konferenz zukommen liessen, wurde nicht berücksichtigt. Und auch nicht die eindringlichen, faktenbasierten Stellungnahmen der hochrangigen Gäste beim Arria-Formel Treffens des UN-Sicherheitsrates am 16. April 2021. (<http://webtv.un.org/watch/watch/protection-of-developing-nations-against-political-pressure-upholding-the-integrity-of-international-non-proliferation-regimes-security-council-arria-formula-meeting/6249210604001/>)

Repressionen gegen hochrangigen britischen Mitunterzeichner

Einer Ihrer Mitunterzeichner, der britische Lord West, wurde von der Regierung in London beschuldigt, sich an «Desinformation und Propaganda» zu beteiligen. Das sind schwere Geschütze, um Ihre Glaubwürdigkeit zu zerstören.

Lord West ist Mitglied des Britischen Oberhauses, er ist ein Admiral a. D. und war zeitweise in Grossbritannien Minister für Sicherheit. Als Mitunterzeichner der «Erklärung der Besorgnis» äusserte er, auch gegenüber der britischen Regierung, erhebliche Zweifel an der Behauptung, dass chemische Waffen in Douma benutzt worden seien. Seine For-

akzeptieren, und treiben die gefährliche Konfrontation immer weiter. Das schadet der syrischen Bevölkerung und verhindert ein friedliches Ende des langen Krieges. Es geht diesen Gruppen nicht um internationales Recht oder Schutz der Integrität multilateraler Einrichtungen.

Es geht um die Wahrheit

Den Unterzeichnern der «Erklärung der Besorgnis» geht es aber um die Wahrheit. Es ist lächerlich zu meinen, dass sie irgend etwas mit Ideologie zu tun haben oder dass sie einen Diktator verteidigen wollen. Es sind 27 international bekannte Personen, die trotz ihres sehr verschiedenen Hintergrunds eines gemeinsam fördern: Wissenschaftliche Erkenntnisse sollen nicht politisiert werden. Dazu fordern wir den OVCW-Generaldirektor Arias auf. Er soll alles tun, um dem Auftrag der OVCW gerecht zu werden. Die OVCW wurde als eine unparteiische Weltorganisation geschaffen, ihre Pflicht ist es, der Wahrheit zu dienen.

Hoffnung auf Gehör

Wen ausser der OVCW haben Sie noch über Ihre Erklärung informiert?

Die Erklärung ist dem OVCW-Generaldirektor und allen 193 OVCW-Mitgliedern Mitte Februar zugestellt worden. Während eine OVCW-Reaktion [am 24.3.2021, zum Zeitpunkt des Interviews] aussteht, haben verschiedene Mitgliedsstaaten bereits deutlich ihre Sorge über diese Entwicklung ausgesprochen. Andere haben bestätigt, dass sie nicht bereit sind, von ihrer Politik der Falschansagen abzuweichen. Ähnlich wie im Irak der 1990er Jahre scheinen sie sich darauf vorzubereiten, die Öffentlichkeit ähnlich wie damals mit allen Mitteln irreführen zu lassen. Nur um damit ihre Syrien-Politik aufrechtzuerhalten. Dies wird ernste Folgen haben.

Auch die amtierende Präsidentin des UNO-Sicherheitsrates, US-Botschafterin Linda Thomas-Greenfield, der Präsident der UNO-Generalversammlung Volkan Bozkın wie auch der Generalsekretär der Vereinten Nationen, António Guterres, haben die «Erklärung der Besorgnis» erhalten. Wir hoffen, dort Gehör zu finden.

Und wer ist die Berliner Gruppe 21?

Wir sind eine kleine Gruppe von Personen verschiedener Länder, die mit Hilfe der Unterzeichner der Erklärung sicherstellen will, dass eine Untersuchung der Vorgehensweise der OVCW über den Douma-Vorfall stattfindet, dass die Öffentlichkeit die Tatsachen erfährt und informiert bleibt. Dafür haben wir auch Hintergrundmaterial veröffentlicht. Wir werden weltweit im Gespräch bleiben, um das Recht auf Wahrheit über das Geschehen in Douma zu verteidigen.

Tatsachen ...

Lassen Sie uns bitte mehr ins Detail gehen. Worauf basieren Ihre Erkenntnisse, dass etwas mit dem Abschlussbericht zu dem angeblichen Chemiewaffenangriff auf Douma nicht stimmt? Um welche Tatsachen geht es da?

Eine Tatsache ist, dass der ursprüngliche, interne OVCW-Bericht über Douma keine Beweise für den Einsatz von chemischen Waffen beinhaltet. Tatsache ist auch, dass das OVCW-Management kurz vor der geplanten Veröffentlichung des ersten Zwischenberichts im Sommer 2018 und ohne Wissen von mehreren an der Douma-Untersuchung beteiligten OVCW-Wissenschaftler den ursprünglichen durch einen «überarbeiteten», einen manipulierten Bericht ersetzen wollte. In diesem Bericht hiess es fälschlich, dass in Douma Chlorgas eingesetzt wurde. Schliesslich wurde diese «überarbeitete» Version nicht veröffentlicht, weil die OVCW-Wissenschaftler protestierten. Tatsache bleibt gleichwohl, dass eine Fälschung versucht wurde. Tatsache ist weiterhin, dass der Abschlussbericht zu Douma, der schliesslich am 1. März 2019

Quelle: https://russiaun.ru/en/news/arria_160421
(Übersetzung Zeit-Fragen)

Fortsetzung auf Seite 4

Wieder Krieg in Europa? Das kann niemand wollen!

von Karl-Jürgen Müller

Warum nimmt ein Bürger eines mitteleuropäischen Landes zu Russland und zum Verhältnis des «Westens» zu diesem Land Stellung? Und dann auch noch konträr zu dem, was man im sogenannten Mainstream lesen, hören und sehen kann?

Da ist die Auseinandersetzung mit Kampagnenjournalismus, der auch hier zu erkennen ist. Da ist auch so etwas wie ein Sinn für Gerechtigkeit – auch wenn das ein oft missbrauchtes Wort ist. Ja, man darf es nicht recht finden, wie man im Westen gemeinhin mit Russland und seiner Politik umgeht. Nicht, weil in Russland alles zum besten bestellt ist – das gibt es nirgendwo auf der Welt. Aber weil so vieles nicht stimmt, was über dieses Land behauptet wird. Weil es aufstösst, wie unverfroren mit doppelten Standards gearbeitet wird: Fast täglich füllt die Causa *Nawalny* die Schlagzeilen – aber *Julian Assange* wird weitgehend totgeschwiegen. Offensichtlich geht es in der Kampagne nicht um die Wahrheit, sondern um Macht; besser gesagt: Die Kampagne ist das Sprachrohr machtpolitischer Bestrebungen.

Nach dem am 26. April 2021 veröffentlichten neuen Zahlen des *Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitutes SIPRI* gaben die USA 2020 offiziell 778 Milliarden US-Dollar für ihr Militär aus (4,4 Prozent mehr als 2019) und Russland umgerechnet 61,7 Milliarden US-Dollar (2,5 Prozent mehr als 2019). Die USA haben rund 800 Militärstützpunkte im Ausland, Russland hat weniger als 20.

Russland hat nie den Anspruch erhoben, die Welt führen zu wollen. Die jetzige US-Regierung und viele ihrer Vorgängerregierungen – und im Schlepptau auch viele andere Staaten des Westens – haben das sehr wohl getan. Da «stören» diejenigen, die sich nicht unterordnen wollen.

Dass in der Politik, insbesondere auch in der internationalen Politik, immer öfter Macht vor Recht gehen soll, ist ein zivilisatorischer Rückschritt, ein Rückfall in die Barbarei.

«Als unparteiische Weltorganisation ...»

Fortsetzung von Seite 3

veröffentlicht wurde, Schlussfolgerungen enthielt, die von dem ursprünglich eingesetzten OVCW-Untersuchungsteam nicht gemacht worden waren. Der ursprüngliche Bericht enthält keine Beweise, dass Chlorgas in Douma eingesetzt wurde, im Abschlussbericht fehlt das.

Und wie ist es mit den 50 Todesopfern, die gefunden wurden?

Auch dazu wurde in dem Abschlussbericht nicht erwähnt, dass Toxikologen des ursprünglichen OVCW-Teams zu dem Schluss gekommen waren, dass der Tod der Zivilisten in Douma nicht durch Chlorgas verursacht worden sein konnte. Und es fehlt auch, dass OVCW-Ingenieure des Teams bezeugt hatten, dass es ballistisch unmöglich war, dass die gefundenen Gaszylinder aus der Luft auf das betroffene Haus abgeworfen worden waren. Vielmehr hielten die Wissenschaftler es für wahrscheinlich, dass diese Zylinder in das Haus getragen und an dem Fundort platziert worden waren, um ein falsches Bild des Geschehens zu zeigen. Der veröffentlichte Abschlussbericht geht auch nicht auf die Tatsache ein, dass es unter den beteiligten OVCW-Mitarbeitern zu erheblichen Spannungen zwischen Wissenschaftlern des Douma-Teams und später hinzugezogenen Personen gekommen war.

... und ihre Manipulation

Warum sollte die OVCW sich so sehr von den eigenen Massstäben entfernt haben?

Wichtig ist in diesem Zusammenhang, die Zeitleiste der Geschehnisse zu erwähnen: Am 7. April 2018 ereignete sich der Angriff auf Zivilisten in Douma, eine Woche später, am 14. April 2018, wurden Raketenangriffe der USA, Grossbritanniens und Frankreichs durchgeführt. Dabei wurden Flugzeuge und Kriegsschiffe im östlichen Mittelmeer, im Roten Meer und im Persischen Golf eingesetzt. Erklärt oder gerechtfertigt wurden die Angriffe damit, dass die syrische Regierung für den angeblichen Einsatz von Chemiewaffen in Douma bestraft werden sollte. Die

«Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen.» (aus dem Aufruf «Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!» vom Dezember 2014)

Die Existenzfrage, einen grossen Krieg zu verhindern

Vor allem aber geht es um die Existenzfrage, wie ein erneuter, vielleicht sogar grosser Krieg in Europa und der Welt verhindert werden kann. «At the end we lucked out», sagte der ehemalige US-Verteidigungsminister *Robert McNamara*. Er meinte damit, dass die Welt vor allem Glück hatte, während der Kuba-Krise 1962 nicht in einem Atomkrieg unterzugehen. «Glück» – das waren ein paar wenige politische Persönlichkeiten damals, die den Krieg – gegen den Widerstand vieler «Hardliner» – verhindert haben, das war der sowjetische U-Boot-Kommandant *Petkov*, der nicht auf den Knopf drückte. Das ist fast 60 Jahre her. Sind die Lektionen in Vergessenheit geraten? Der 2012 verstorbene Schweizer Divisionär *Hans Bachofner* sagte nach dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Nato auf die Bundesrepublik Jugoslawien: «Der Krieg ist wieder da – aber wir haben den Respekt verloren.»

Wir kennen das: Die eigene Kriegstreiberei, die eine Hauptursache der beiden grossen Weltkriege war, wird zum «Kampf für Freiheit» umgedichtet; der Kampf ums Überleben ganzer Völker wird als «Aggression» hingestellt.

Warum will Deutschland Frontstaat sein?

Alexander Rahr, der sich seit vielen Jahren intensiv mit Russland befasst, gibt in seinem neuesten Buch «Anmassung – Wie Deutsch-

land sein Ansehen bei den Russen verspielt» die ausführlichen Schilderungen des russischen Diplomaten *Volodja* wieder. Dieser versteht nicht, warum Deutschland die vielen wohlwollenden Angebote der Zusammenarbeit, die der russische Präsident *Putin* seit seinem ersten Amtsantritt im Jahr 2000 gemacht hat, ausgeschlagen hat. Statt dessen hätten grosse Teile der deutschen Politik und der deutschen Medien Deutschland zum Frontstaat der antirussischen Kampagne gemacht.

Die deutschen *Grünen* haben in ihrem Wahlprogramm (vgl. *Zeit-Fragen* Nr. 9 vom 20. April 2021) geschrieben, sie wollten als künftige Regierungspartei die «Demokratiebewegung in Russland» unterstützen. Wir kennen ähnliche Formulierungen der US-Politikerin *Victoria Nuland* nach dem Staatsstreich in der Ukraine: Man habe schliesslich 5 Milliarden US-Dollar in die «Unterstützung der Demokratie» des Landes investiert.

In seiner diesjährigen Rede zur Lage der Nation (siehe Seite 5 dieser Zeitung) hat der russische Präsident Orientierungspunkte Russlands formuliert. Jeder kann sie nachlesen. Die Reaktionen der deutschsprachigen Medien auf diese Rede waren nicht so formuliert, dass sie irgendeine Art von Umdenken signalisierten: «Putins Märchenstunde: Der Westen sollte die Propaganda entlarven», schrieb das deutsche «Handelsblatt» am 22. April, «Wie Putin seine Drohung gegen den Westen inszeniert», die «Augsburger Allgemeine Zeitung» am selben Tag, «Er will Gegner vernichten, Loyalität kau-

Luftangriffe wurden durchgeführt, bevor die OVCW ihre Douma-Untersuchungen aufgenommen hatte! Mit anderen Worten: Auch ohne die OVCW hatte man «bestätigt», dass Chemiewaffen in Douma eingesetzt worden waren, und damit waren die Luftangriffe als Bestrafung auch legitim. Nun musste nur noch der OVCW-Abschlussbericht zu Douma, der 2019 veröffentlicht wurde, bestätigen, dass die toten Zivilisten in Douma Opfer eines Chemiewaffenangriffs waren. Und das hatten die Regierungen ja schon mit ihren Angriffen ein Jahr zuvor zur «Tatsache» erklärt.

Open Sources: Tatsachen für jeden überprüfbar

Das hört sich wie eine Kriminalgeschichte an. Die Regierungen von drei Ländern, die ein Veto-Recht im UN-Sicherheitsrat haben und zusätzlich auch noch über Atomwaffen verfügen, machen Druck auf die OVCW, den Bericht über das Geschehen in Douma zu manipulieren, um den Angriff der drei Länder auf Syrien zu legitimieren?

Das Ganze ist ohne Frage ein sehr beunruhigender Vorgang, aber es ist kein Geheimnis mehr. Die Unterlagen, die das bestätigen, sind einsehbar. Ich meine die ursprünglichen OVCW-Berichtsentwürfe, die bei *Wikileaks*, von der *Courage Foundation* und auch von der *Berliner Gruppe 21* veröffentlicht wurden und gelesen werden können. Aussagen von OVCW-Mitarbeitern haben diese Dokumente bona fide bestätigt. Ausserdem ist bekannt, dass es andere sehr ernste wissenschaftliche und verfahrenstechnische Unregelmässigkeiten gegeben hat. «Unbequeme» OVCW-Mitarbeiter wurden ausgeschlossen. Nur um das noch einmal deutlich zu sagen, das sind keine Vermutungen, sondern Tatsachen.

US-Druck auf die OVCW – wie im Irak

Wenn die OVCW so unter Druck gesetzt werden kann und das noch versucht zu verbessern, muss man da nicht fragen, wie glaubwürdig die Organisation noch ist?

Es müssen dringende Fragen gestellt werden. Dazu gehört auch die Frage: Wo lag das Interesse der OVCW, es zuzulassen oder

fen und Belarus unter Kontrolle behalten», so der deutsche Auslandssender *Deutsche Welle* vom 22. April, «Drohende Worte, schöne Versprechen», die «Salzburger Nachrichten» vom 21. April, «Illegal und unmenschlich», kommentierte die «Neue Zürcher Zeitung» vom selben Tag, die – wie so viele – ihren Fokus nicht auf die Inhalte der Putin-Rede, sondern ganz auf die Causa Nawalny richtete.

Deutliche Worte aus Russland

Wer die offiziellen russischen Stellungnahmen der letzten Tage und Wochen liest, erkennt deutlichere Worte als in den vergangenen Jahren. Auch die Rede des russischen Präsidenten enthält deutliche Worte. Russland, davon sollte der Westen ausgehen, wird nicht kapitulieren. Die wiederholten Versuche, auch in Russland einen Regime change zu bewerkstelligen, werden die Lage nicht verbessern.

Dürfen die Menschen in Ost und West da noch Besserung erwarten? Sehr vieles sieht gar nicht gut aus. Um so wichtiger wird es sein, selbst aktiv zu bleiben (oder zu werden) und seine Stimme für den Frieden einzubringen.

Ende 2014 haben 60 prominente Deutsche einen Aufruf mit dem Titel «Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!» in der Zeitung *Die Zeit* veröffentlicht. Zu den Unterzeichnern gehörten der ehemalige Bundespräsident *Roman Herzog* (CDU) und der ehemalige Bundeskanzler *Gerhard Schröder* (SPD). Dort ist auch zu lesen: «Wir appellieren an die Medien, ihrer Pflicht zur vorurteilsfreien Berichterstattung überzeugender nachzukommen als bisher. Leitartikler und Kommentatoren dämonisieren ganze Völker, ohne deren Geschichte ausreichend zu würdigen.» Die Situation hat sich seither nicht entspannt. Im Gegenteil. Aber solche Initiativen sind rar geworden. Den Willen, dies zu ändern, können und sollten viele haben. •

die gefährliche und unehrliche Verhaltensweise im Fall Douma.

Sie waren als beigeordneter UN-Generalsekretär für humanitäre Hilfe im Irak tätig und sind aus Protest über die UN-Sanktionen damals zurückgetreten. In unserem Gespräch haben Sie wiederholt auf den Irak hingewiesen. Sind es diese Erfahrungen im Irak, warum Sie sich jetzt so für die Wahrheit über den OVCW-Bericht zu Douma engagieren?

Tatsächlich erinnert es an den Schaden, den die amerikanischen und britischen Regierungen im Irak während der Jahre der Sanktionen und 2003 durch den völkerrechtswidrigen Krieg angerichtet haben. Die Verelendung eines Volkes, die Verletzung internationalen Rechts und die Schwächung der Vereinten Nationen basierten auf der Unwahrheit über irakische Massenvernichtungswaffen, die nicht existierten.

Desinformation und Propaganda unter falscher Flagge zerstören das unbestechliche Gut der Glaubwürdigkeit von Politik. Deutschland und Europa müssen dieses Gut stärken und schützen. Eine Wiederholung von militärischen Einsätzen in Syrien, die sich nach der Veröffentlichung des zensierten OVCW-Abschlussberichts zu Douma im März 2019 angebahnt hatte, muss verhindert werden. Als Mitglied der *Berliner Gruppe 21* stimme ich dem ehemaligen Generaldirektor der OVCW *José Bustani* mit voller Überzeugung zu. Er hat in seiner Erklärung an den Uno-Sicherheitsrat am 5. Oktober 2020 nachdrücklich den jetzigen Generaldirektor Fernando Arias gebeten, die Inspektoren, die Teile des Douma-Berichts mit wissenschaftlich-kritischer Sorge ablehnen, zu einem Gespräch einzuladen. Das muss sein, wenn die OVCW ihre Glaubwürdigkeit wiederherstellen will. Ein solches Gespräch sollte dazu führen, dass der Douma-Abschlussbericht entpolitisiert wird und Regierungen, die die Vorgehensweise der OVCW unterstützt und gefördert haben, dazu beitragen. Der Weg dorthin wird lang sein.

Vielen Dank für das Gespräch. •

Erstveröffentlichung in www.nachdenkenseiten.de vom 24.3.2021

«Ein paar Worte über den Sinn und den Inhalt der russischen Politik auf der internationalen Bühne»

Der aussenpolitische Teil der Rede Wladimir Putins zur Lage der Nation

zf. Am 21. April 2021 hielt der russische Präsident Wladimir Putin seine alljährliche Rede zur Lage der Nation vor den beiden Gesetzgebungsorganen der Landes, dem Föderationsrat und der Staatsduma, die zusammen die Föderationsversammlung bilden. Die Rede dauerte mehr als eine Stunde und war in der Hauptsache innenpolitischen Themen gewidmet. Erst am Ende ging der Präsident kurz auf aussen- und sicherheitspolitische Fragen ein. Wir dokumentieren diesen Teil der Rede in deutscher Übersetzung.



Rede zur Lage der Nation vor der russischen Föderationsversammlung. (Bild kremlin.ru)

«Am Ende möchte ich auch ein paar Worte über den Sinn und den Inhalt der russischen Politik auf der internationalen Bühne sagen. Sinn und Inhalt unserer Politik bestehen darin, Frieden und Sicherheit für das Wohlergehen unserer Bürger und für die stabile Entwicklung unseres Landes zu gewährleisten. Russland hat natürlich Interessen, die wir im Rahmen des Völkerrechts verteidigen und für die wir eintreten werden, so wie es auch andere Staaten der Welt tun. Und wenn jemand diese offensichtliche Sache nicht verstehen, keinen Dialog führen will, sondern einen egoistischen und arroganten Ton wählt, wird Russland immer einen Weg finden, für seine Position einzustehen.

Gleichzeitig scheinen sich alle auf dieser Welt leider an die Praxis politisch motivierter, illegaler Wirtschaftssanktionen gewöhnt zu haben, an die groben Versuche einiger, anderen ihren Willen mit Gewalt aufzuzwingen. Aber heute wird diese Praxis in etwas viel gefährlicherem wiedergeboren – ich meine den jüngsten Versuch, einen Staatsstreich in Weissrussland und die Ermordung des Präsidenten dieses Landes zu organisieren. Es ist bezeichnend, dass der versammelte sogenannte Westen selbst solche ungeheuerlichen Aktionen nicht verurteilt. Niemand dort hat davon Kenntnis genommen. Jeder tut so, als sei überhaupt nichts passiert.

Putsche zu organisieren, das ist zu viel

Aber hören Sie, man kann zum Beispiel zum Präsidenten der Ukraine Janukowitsch oder zu Maduro in Venezuela stehen, wie man will. Ich wiederhole, man kann zu Janukowitsch, der mit Hilfe eines bewaffneten Putsches von der Macht entfernt wurde und der auch fast ermordet worden wäre, stehen, wie man will. Man kann jede Meinung über die Politik des Präsidenten von Weissrussland, Alexander Lukaschenko, haben. Aber die Praxis, Putsche zu organisieren, Pläne für politische Morde, einschliesslich hochrangiger

Vertreter von Staaten – nun, das ist zu viel, es wurden bereits alle Grenzen überschritten.

Und was alleine die Geständnisse der inhaftierten Teilnehmer der Verschwörung aussagen, dass sie die Blockade von Minsk geplant haben, einschliesslich der städtischen Infrastruktur und Kommunikationsmittel, die vollständige Abschaltung des gesamten

geschlagen. Aber sie alle weigern sich, über das Thema auch nur zu reden.

Und was wäre passiert, wenn der Putschversuch in Weissrussland wirklich durchgeführt worden wäre? Das wäre ja fast geschehen. Wie viele Menschen wären zu Schaden gekommen? Wie hätte sich das Schicksal von Weissrussland im Ganzen entwickelt? Darüber denkt niemand nach.

«Wir wollen wirklich gute Beziehungen zu allen Teilnehmern der internationalen Gemeinschaft haben, übrigens auch zu denen, zu denen die Beziehungen zurzeit – gelinde gesagt – nicht so gut sind. Wir wollen wirklich keine Brücken abbrechen. Aber wenn jemand unsere guten Absichten als Gleichgültigkeit oder Schwäche wahrnimmt und beabsichtigt, diese Brücken vollständig abzubauen oder sogar in die Luft zu sprengen, sollte er wissen, dass Russlands Antwort asymmetrisch, schnell und hart sein wird.»

Stromnetzes der Hauptstadt von Weissrussland! Das bedeutet übrigens, dass in Wahrheit Vorbereitungen für einen massiven Cyberangriff gelaufen sind. Was denn sonst? Wissen Sie, man kann das nicht tun, indem man einfach einen Schalter umlegt.

Die westlichen Kollegen lehnen die zahlreichen russischen Vorschläge zur Aufnahme eines internationalen Dialogs auf dem Gebiet der Informationstechnik und Cybersicherheit hartnäckig ab. Wir haben das schon oft vor-

So, wie auch niemand über das Schicksal der Ukraine nachgedacht hat, als in dem Land der Putsch durchgeführt wurde.

Die unfreundlichen Aktionen gegen Russland hören nicht auf

Gleichzeitig hören auch die unfreundlichen Akte gegen Russland nicht auf. In einigen Ländern ist es ein Brauch geworden, bei jeder Gelegenheit, und meistens grundlos, Russland anzugreifen. Das ist ein Sport

«Frieden wird es auf unserem Kontinent immer nur mit und nie gegen Russland geben können. Ich bin gegen zusätzliche Sanktionen. Es braucht eine Deeskalation. Das ist schwierig, aber eine ständige Zuspitzung ist nicht der Weg, den wir gehen wollen.»

Sebastian Kurz, Bundeskanzler der Republik Österreich, in einem Interview mit der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 26.4.2021

geworden, eine neue Sportart, wer die laute- sten Erklärungen abgibt.

Wir verhalten uns in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend, ich sage es direkt und ohne Ironie, wir verhalten uns bescheiden. Oft reagieren wir überhaupt nicht, nicht nur nicht auf unfreundliche Aktionen, sondern auch nicht auf offene Unverschämtheiten. Wir wollen gute Beziehungen zu allen Teilnehmern der internationalen Gemeinschaft haben. Aber wir sehen, was in Wirklichkeit geschieht: Wie gesagt, Russland wird grundlos hier und da angegriffen. Und natürlich werden sie wie Shir Kahn [der Tiger im Dschungelbuch] von allen möglichen kleinen Tabaquis [Schakalen] umkreist, die heulen wie bei Kipling, um ihren Herrscher zu besänftigen. Kipling war ein grossartiger Schriftsteller!

Wir wollen wirklich gute Beziehungen zu allen Teilnehmern der internationalen Gemeinschaft haben, übrigens auch zu denen, zu denen die Beziehungen zurzeit – gelinde gesagt – nicht so gut sind. Wir wollen wirklich keine Brücken abbrechen. Aber wenn jemand unsere guten Absichten als Gleichgültigkeit oder Schwäche wahrnimmt und beabsichtigt, diese Brücken vollständig abzubauen oder sogar in die Luft zu sprengen, sollte er wissen, dass Russlands Antwort asymmetrisch, schnell und hart sein wird.

Die Organisatoren jeglicher Provokationen, die unsere grundlegenden Sicherheitsinteressen bedrohen, werden das Getane bereuen, wie sie schon sehr lange nichts mehr bereut haben.

Rote Linien

Gleichzeitig haben wir, das muss ich deutlich sagen, genug Geduld, Verantwortung, Professionalität, Selbstvertrauen, Selbstsicherheit in die Richtigkeit unserer Position und gesunden Menschenverstand, wenn es darum geht, jedwede Entscheidungen zu treffen. Aber ich hoffe, dass niemand Russlands sogenannte rote Linien überschreiten wird. Und wo sie verlaufen, legen wir in jedem konkreten Fall selbst fest.

Wie es in den jährlichen Reden an die Nation üblich ist, muss ich auch heute wieder erwähnen, dass die Verbesserung und qualitative Stärkung der russischen Streitkräfte ständig weitergeht. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der Entwicklung der militärischen Ausbildung, und zwar sowohl in den Einrichtungen für militärische Ausbildung als auch auf der Grundlage militärischer Ausbildungszentren an zivilen Universitäten.

Bis 2024 wird der Anteil moderner Waffen und Ausrüstung bei den Truppen bei fast 76 Prozent liegen, das ist ein sehr guter Indikator. Und bei der nuklearen Triade wird er schon in diesem Jahr bei über 88 Prozent liegen.

Die neuesten interkontinentalen Hyperschallraketen vom Typ «Avangard» und der Laser-Kampfkomples «Peresvet» sind bereits in Dienst gestellt, und das erste Regiment, voll ausge-

Oskar Lafontaine
21 Std. · 🌐

Annalena Baerbock

Mit Heinrich Böll, Petra Kelly und Gert Bastian demonstrierte ich in Mutlangen gegen die Pershing II. Die rot-grüne Koalition mit Schröder und Fischer kam wesentlich auf mein Betreiben zustande – Schröder wollte eine große Koalition. Diese Entscheidung habe ich bereut. Nicht nur wegen der Agenda 2010, sondern auch wegen der Beteiligung Deutschlands am völkerrechtswidrigen Jugoslawien-Krieg, die wesentlich von Joschka Fischer und den Grünen durchgesetzt wurde. Seitdem haben sich die Grünen von einer Friedenspartei in eine Kriegspartei verwandelt. Die Heinrich-Böll-Stiftung sollte in General-von-Clausewitz-Stiftung umbenannt werden.

Eine führende Vertreterin dieser kriegsfreudigen grünen Partei ist die neue „Kanzlerkandidatin“ Annalena Baerbock. Sie bejaht völkerrechtswidrige Kriege, weitere Aufrüstung, Waffenlieferungen, die Einkreisung Russlands durch die USA und ist selbstverständlich gegen Nord Stream 2. Jens Berger hat heute auf den Nachdenkseiten entsprechende Zitate zusammengetragen: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=71720>

Die Vorstellung, die US-gesteuerten Grünen stellten bei einer sich verschärfenden Krise an der russisch-ukrainischen Grenze mit Annalena Baerbock die Kanzlerin, ist für mich ein Horror.

Und da ist noch etwas: Es wäre in der Wirtschaft undenkbar, dass jemand Chef von sagen wir VW, Daimler oder BASF wird, der noch nie in einem kleinen Betrieb Geschäftsführer war, oder in einem mittleren Unternehmen Abteilungsleiter oder Vorstandsmitglied. Die Grünen und viele ihre Anhänger im Journalismus sind mit Annalena Baerbock offensichtlich der Meinung, wenn man Mitarbeiterin einer grünen Fraktion war und zwei Kinder großzieht, sei man hinreichend qualifiziert, Bundeskanzlerin der größten Wirtschaftsnation Europas zu sein.

Mit fällt nur noch Wilhelm Busch ein:

„Wenn einer, der mit Mühe kaum gekrochen ist auf einen Baum, schon meint, dass er ein Vogel wär, so irrt sich der.“

#btw21 #Baerbock #Bundestagswahl #kanzlerkandidat #frieden #krieg #aufrüstung #oskar #lafontaine #oskarlafontaine #aufstehen

Accordo quadro: basta! – Das Rahmenabkommen ist am Ende

Nun wird in Bern Klartext gesprochen!

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Die vielen Stimmen aus Politik, Wirtschaft und Bevölkerung, die vor den schwerwiegenden Auswirkungen eines Rahmenabkommens mit der EU auf das schweizerische Staatsmodell und die Rechte der Bürger gewarnt haben, zeigen Wirkung: Der Bundesrat hat gegenüber der EU Position bezogen. Am 23. April führte Bundespräsident Guy Parmelin ein längeres Gespräch mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das – wie zu erwarten war – keine Einigung über die inhaltlichen Differenzen brachte, wohl aber die Bereitschaft beider Seiten, die guten Beziehungen weiter zu pflegen.

Ein erfreulicher Erfolg für die Schweiz, auf dem der Bundesrat weiter aufbauen kann. Offensichtlich ist die ruhige, aber inhaltlich klare Art von Guy Parmelin zu sagen, was Sache ist, geeignet für die Kommunikation mit Brüssel.

«So können wir das Abkommen nicht unterzeichnen»

Die Stellungnahme des Bundespräsidenten an der Medienkonferenz in Brüssel war kurz, aber deutlich: «Der Bundesrat hat immer erklärt, dass die Schweiz ihre bilateralen Beziehungen mit der Europäischen Union konsolidieren und weiterentwickeln möchte. Er hat aber auch festgelegt [...], dass die Schweiz das Rahmenabkommen ohne zufriedenstellende Lösungen beim Lohnschutz, bei der Frage der Unionsbürgerrichtlinie und im Bereich der staatlichen Beihilfen nicht wird unterzeichnen können.» Nach den Diskussionen auf technischer Ebene bestünden weiterhin erhebliche Differenzen in den Positionen der Schweiz und der EU. «Es geht nicht nur um die drei Punkte als solche, sondern um eine gesamtheitliche Betrachtung.»¹

So ist es. Tatsächlich steckt in den «drei Punkten» die ganze Problematik der EU-Rechtsübernahme und der Rolle des EuGH als oberstes Gericht: Zwischen dem Rechts- und Staatsverständnis der Schweiz und der EU liegen eben Welten. Dazu noch genauer.

Trotz der unterschiedlichen Sichtweisen trennten sich die EU-Kommissionspräsidentin und der Schweizer Bundespräsident in gutem Einvernehmen. Es sei wichtig gewesen, sich auf höchster politischer Ebene persönlich zu treffen, sagte Guy Parmelin. Man

«Tatsächlich steckt in den «drei Punkten» die ganze Problematik der EU-Rechtsübernahme und der Rolle des EuGH als oberstes Gericht: Zwischen dem Rechts- und Staatsverständnis der Schweiz und der EU liegen eben Welten.»

habe vereinbart, weiter in Kontakt zu bleiben und die Verhandlungen auf technischer Ebene (Livia Leu, Staatssekretärin und Stéphanie Riso, stellvertretende Kabinettschefin von Ursula von der Leyen) weiterzuführen. Recht so, in Frieden auseinandergehen und nur kein Stress – es wird sich auch ohne ein EU-Hägli ein Weg finden, um miteinander zurechtzukommen.

Die Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments schalten sich ein

Am 26. April informierten Bundespräsident Parmelin und EDA-Vorsteher Ignazio Cassis die Aussenpolitischen Kommissionen des Nationalrates (APK-N) und des Ständerates (APK-S) über den Stand der Klärungen mit der EU.

Die APK des Nationalrates – in der einige der schärfsten EU-Turbos im Parlament sitzen – lehnte mit 17 zu 8 Stimmen einen Verhandlungsabbruch ab – was der Bundespräsident in Brüssel gar nicht verlangt hatte – und forderte den Bundesrat auf, die Gespräche mit Brüssel zu intensivieren und dem Parlament «zeitnah» Vorschläge zu den offenen Punkten zu unterbreiten. «Die Mehrheit ist der Meinung, dass noch ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht werden kann», sagte APK-N-Präsidentin Tiana Angelina Moser (GLP/ZH) nach dem Treffen mit den Bundesräten. Sie erwähnte aber auch, dass eine Kommissionsminderheit «grundsätzliche

Bedenken gegenüber dem Abkommen» hat. Auch hätten einige Kommissionsmitglieder darauf hingewiesen, dass für die Verhandlungsführung und die Beurteilung der Situation nicht die Parlamentskommissionen zuständig sind, sondern der Bundesrat.²

In der Ständeratskommission war die Stimmung ganz anders. Sie fordert den Bundesrat nicht explizit auf weiterzuverhandeln, sondern überlässt es ihm, wie er weiter vorgehen will. Kommissionspräsident Damian Müller (FDP/LU) freute sich über die neue Entschlossenheit des Bundesrates: «Bisher war die Schweiz immer in der Defensive, weil wir nur gesagt haben, was wir nicht wollen.» Jetzt sei es an der Zeit, klare Forderungen an Brüssel zu stellen. Bemerkenswert ist die Stellungnahme von Kommissionmitglied Christian Levrat (SP/FR), dem früheren SP-Parteipräsidenten. Er erklärte, ohne dass die EU ihre Position ändere, komme das Abkommen nicht zustande. Aus seiner Sicht wäre das keineswegs eine Katastrophe.³

Es ist erfreulich, dass dies immer mehr Schweizer aus den verschiedensten politischen Ecken merken.

«Knackpunkt der Differenzen mit der EU ist die unterschiedliche Auslegung der Personenfreizügigkeit»

Am Abend des 26. April fand eine gemeinsame Medienkonferenz des Bundesrates und der aussenpolitischen Kommissionen statt.

«Die Schweizer «Auslegung» basiert auf dem *Personenfreizügigkeitsabkommen*, einem der Abkommen der Bilateralen I von 1999 zwischen der EU und der Schweiz, denen der Souverän an der Urne zugestimmt hat. Die «Auslegung» der EU dagegen stützt sich auf die *Unionsbürgerrichtlinie* (UBRL), welche für die Schweiz keine Rechtskraft hat, weil weder das Parlament noch das Volk ihr zugestimmt haben.»

Mit dem einträchtigen Auftritt der beiden Bundesräte wurden die wilden Gerüchte, Ignazio Cassis sei als Aussenminister quasi abserviert worden, indem Bundespräsident Parmelin ohne ihn nach Brüssel gereist sei, nach Schweizer Art beerdigt. An der Medienkonferenz ging es nämlich um die Sache. Die Schweiz sei im Lauf der Verhandlungen viele Kompromisse eingegangen, so Parmelin, trotzdem seien die «Differenzen mit der EU fundamental». Cassis fügte den Grund dafür hinzu: «Der Knackpunkt der Differenzen mit der EU ist die unterschiedliche Auslegung der Personenfreizügigkeit.»⁴

Eine hervorragende Analyse der Lage in Kürzestfassung – die Differenzen sind tatsächlich deshalb fundamental, weil das Rechtsverständnis und die Staatsstruktur der Schweiz und der EU (die zwar kein Staat ist, aber staatsähnliche Strukturen aufweist) sich fundamental unterscheiden. Dies gilt nicht nur für die Auslegung der Personenfreizügigkeit, sondern prinzipiell. In bezug auf die Personenfreizügigkeit erklärte Bundesrat Cassis die unterschiedliche Sichtweise so: Für die Schweiz beziehe sich die Freizügigkeit auf die Erwerbstätigen und ihre Familien, die EU hingegen fordere die Freizügigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger der Union.

Stopp! Die Schweizer «Auslegung» basiert auf dem *Personenfreizügigkeitsabkommen*, einem der Abkommen der Bilateralen I von 1999 zwischen der EU und der Schweiz, denen der Souverän an der Urne zugestimmt hat. Die «Auslegung» der EU dagegen stützt sich auf die *Unionsbürgerrichtlinie* (UBRL), welche für die Schweiz keine Rechtskraft hat, weil weder das Parlament noch das Volk ihr zugestimmt haben. Beim Beginn der Verhandlungen über das Rahmenabkommen im Jahr 2013 war die UBRL kein Thema, und noch 2017, als Bundesrat Ignazio Cassis die Leitung des EDA übernommen hat, erklärte er die UBRL zur «roten Linie» für die Schweiz, was sicher ehrlich gemeint war. Jetzt plötzlich sollen wir diese Richtlinie, die vermutlich kaum ein Schweizer je gesehen oder gelesen, geschweige denn in ihrer gan-

Fortsetzung auf Seite 7

«Ein paar Worte über den Sinn und ...»

Fortsetzung von Seite 5

stattet mit den schweren Interkontinentalraketen vom Typ «Sarmat», wird Ende 2022 nach Plan einsatzbereit sein.

Die Zahl der Hyperschallraketen vom Typ «Kinzhalf» wird erhöht. Die Zahl der Schiffe, die mit diesen genannten Präzisions-Hyperschallwaffen und mit den Marschflugkörpern «Kalibr» ausgerüstet sind, nimmt weiter zu. In naher Zukunft werden Hyperschallraketen vom Typ «Zirkon» in Dienst gestellt. Die Arbeit an anderen hochmodernen Systemen, darunter «Poseidon», «Burevestnik» und andere Systeme, läuft nach Plan.

Einladung zur Abrüstung

Als führendes Land bei der Entwicklung von Kampfsystemen der nächsten Generation, bei der Entwicklung moderner Nuklearstreitkräfte, fordert Russland die Partner erneut auf, Fragen im Zusammenhang mit der strategischen Rüstung zu erörtern, um die globale Stabilität zu gewährleisten. Das Ziel solcher Verhandlungen könnte darin bestehen, ein Umfeld konfliktfreier Koexistenz auf der Basis gleicher Sicherheit zu schaffen, das nicht nur traditionelle strategische Waffen wie Interkontinentalraketen, schwere Bomber und U-Boote abdeckt, sondern auch, wie ich betonen möchte, alle offensiven und defensiven Systeme, die in der Lage sind, strategische Aufgaben zu lösen, unabhängig von ihrer Abrüstung.

Die Atomstaaten tragen hier eine besondere Verantwortung. Ich hoffe, dass die russische Initiative zum persönlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs – der ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates, was wir letztes Jahr vorgeschlagen haben

– umgesetzt wird, und dass es stattfinden wird, sobald die epidemiologischen Bedingungen dies zulassen.

Offen für eine breite zwischenstaatliche Zusammenarbeit

Russland ist immer offen für eine breite zwischenstaatliche Zusammenarbeit. Wir haben uns stets für die Erhaltung und Stärkung der Schlüsselrolle der Vereinten Nationen in der Weltpolitik eingesetzt. Wir sind entschlossen, zur Lösung regionaler Konflikte beizutragen, und haben bereits viel getan, um die Lage in Syrien zu stabilisieren und einen politischen Dialog in Libyen in Gang zu setzen. Russland hat, wie Sie wissen, eine wichtige Rolle bei der Beendigung des bewaffneten Konflikts in der Region Berg-Karabach gespielt.

Auf der Grundlage gegenseitigen Respekts bauen wir Beziehungen mit der überwiegenden Mehrheit der Staaten der Welt auf: in Asien, Lateinamerika, Afrika und mit vielen europäischen Ländern. Konsequenter und vorrangig erweitern wir die Kontakte zu unseren engsten Partnern in der *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit*, zu den BRICS-Staaten, zur *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten* und den Verbündeten der *Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit*.

Unsere gemeinsamen Projekte im Rahmen der *Eurasischen Wirtschaftsunion* zielen darauf ab, das Wachstum der Wirtschaft und das Wohlergehen der Bürger zu gewährleisten. Gleichzeitig zeichnen sich hier interessante neue Trends ab, wie die Entwicklung von Transport- und Logistikkorridoren. Ich bin sicher, dass sie zu verlässlichen Infrastrukturrahmen der grossen eurasischen Partnerschaft werden. Die russischen Ideen dieser breiten offenen Vereinigung werden bereits

in der Praxis umgesetzt, unter anderem durch die Konsolidierung mit anderen Integrationsprozessen.

All dies sind keine spekulativen geopolitischen Konstruktionen, sondern praktische Instrumente zur Lösung der Probleme der nationalen Entwicklung.»

Quelle: <http://kremlin.ru/events/president/news/65418> vom 21.4.2021

¹ Wladimir Putin bezieht sich hier auf das «Dschungelbuch» von Rudyard Kipling.

(Übersetzung <https://www.anti-spiegel.ru/2021/putin-im-o-ton-ueber-die-aktuelle-aussenpolitik-und-den-westen/> und Zeit-Fragen)

Nachrichten, die zusammengehören

Bei 2 Billionen Militärausgaben ...

«Die weltweiten Militärausgaben sind im vergangenen Jahr weiter gestiegen. Wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI mitteilte, stiegen sie um 2,6 Prozent auf knapp 2 Billionen Dollar. Dies sei ein neuer Höchststand seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1988. Damit habe das Corona-Virus keinen signifikanten Einfluss auf die globalen Aufwendungen für Rüstungsgüter gehabt. Es müsse sich erst noch zeigen, ob die Länder dieses Niveaus auch im zweiten Pandemiejahr aufrechterhalten könnten. Spitzenreiter bei den Verteidigungsausgaben blieben den Angaben zufolge die USA, die mit knapp 780 Milliarden Dollar allein für 39 Prozent der weltweiten Militärausgaben im vergangenen Jahr verantwortlich waren. Deutschland habe um 5,2 Prozent auf geschätzte rund 53 Milliarden Dollar zugelegt. Laut SIPRI war dies der grösste prozentuale Anstieg unter den ersten zehn Staaten auf der Rangliste.»

... ist die Sorge vor «ernsthaften Auseinandersetzungen» sehr berechtigt

«Bundesaussenminister Maas hat vor einem zunehmenden Konfrontations-

kurs gegenüber Russland gewarnt. Der SPD-Politiker sagte im *ARD-Fernsehen*, die EU und der Westen hätten Moskau bereits mit neuen Sanktionen im Fall *Nawalny* und zuvor im Ukraine-Russland-Konflikt gezeigt, dass sie entschlossen reagierten. Präsident *Putin* wisse also um das Risiko weiterer Strafmassnahmen. Es gebe nun allerdings viele «Schlauberger», die immer härtere Massnahmen forderten, kritisierte Maas. Man müsse aber überlegen, ob diese etwa *Nawalny* wirklich nutzten. Er glaube, dass das Gegenteil der Fall sei. Der Aussenminister fügte hinzu, letztlich könne niemand ein Interesse daran haben, dass aus permanenten Provokationen irgendwann ernsthafte Auseinandersetzungen würden – schon gar nicht hier in Europa. Die Grünen-Covorsitzende und Kanzlerkandidatin *Baerbock* hatte sich für einen härteren Kurs gegenüber Russland ausgesprochen und unter anderem dafür plädiert, der deutsch-russischen Ostsee-Gaspipeline *Nord Stream 2* die politische Unterstützung zu entziehen.»

Quelle: *Deutschlandfunk Nachrichten* vom 26.4.2021

«Accordo quadro: basta! – Das ...»

Fortsetzung von Seite 6

zen Tragweite erfasst hat, unbesehen übernehmen?

So würde die Übernahme von EU-Recht gemäss Rahmenabkommen funktionieren

Im Text des Rahmenabkommens⁵ steht von der Unionsbürgerrichtlinie kein Wort – aber das ist auch nicht nötig. Denn gemäss diesem Abkommen würden nicht mehr wir Schweizer, sondern die EU-Kommission und der Europäische Gerichtshof bestimmen, welches EU-Recht die Schweiz zu übernehmen hat. Gemäss Artikel 1 Absatz 3 regelt das Abkommen das «Verfahren zur Übernahme von Rechtsakten der Europäischen Union», – zwar «nur» in bezug auf die fünf sogenannten Marktzugangsabkommen und auf potentielle künftige Abkommen, aber das ist schon eine ganze Menge. Allein das Freizügigkeitsabkommen würde bereits die *Büchse der Pandora* öffnen. So ist die Unionsbürgerrichtlinie aus Sicht der EU-Kommission Teil der Personenfreizügigkeit und müsste deshalb von der Schweiz mit all ihren künftigen Entwicklungen übernommen werden.

Wenn die Schweiz mit dieser «Auslegung» nicht einverstanden ist, käme Artikel 4 des Rahmenabkommens zum Einsatz: Nach Absatz 1 «werden die betroffenen Abkommen und die Rechtsakte der Europäischen Union, [...] einheitlich ausgelegt und angewandt». Falls dabei «unionsrechtliche Begriffe» involviert sind, «werden die Bestimmungen und Rechtsakte gemäss der [...] Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ausgelegt und angewandt». (Artikel 4 Absatz 2). Alles klar? Mit dem Rahmenabkommen würde die Schweiz die Entscheidung über diese und unzählige weitere schwerwiegende «Auslegungsfragen» dem Europäischen Gerichtshof EuGH überlassen. Denn gemäss dem langjährigen Präsidenten des EFTA-Gerichtshofs, *Carl Baudenbacher*, der das EU-Recht so gut kennt wie kaum ein Zweiter, sind in den von der EU verfassten Rechtsakten und Abkommen praktisch immer «unionsrechtliche Begriffe» involviert. Ist ja auch logisch.

Das Schiedsgericht, das vermutlich ein paar schlaue EU-Turbos aus der Bundesverwaltung ins Spiel gebracht haben (weil wir Schweizer von unserer Geschichte her eine positive Einstellung zu Schiedsgerichten haben) ist zwar lang und breit in Artikel 10 des Rahmenvertrags geregelt, aber nach Carl Baudenbacher dient es lediglich als Feigenblatt für die allumfassende Macht des Europäischen Gerichtshofs. Dieser würde gewiss nicht häufig zugunsten der Schweiz entscheiden, denn er ist das Gericht der Gegenpartei. Übrigens bekommen auch EU-Mitgliedsstaaten bei Uneinigkeiten mit der EU-Kommission höchst selten recht beim EuGH.

Alles ziemlich weit weg vom Schweizer Staats- und Rechtsverständnis ...



Auch die Tessiner Sonntagszeitung «il Mattino della domenica» spricht Klartext. (Bild Urs Graf)

Ein Wort zum Inhalt der Unionsbürgerrichtlinie

Die «Richtlinie 2004/38/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 29. April 2004 über das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedsstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten» entspricht ungefähr, aber nicht ganz, dem Recht der Schweizerbürger im Schweizer Hoheitsgebiet. Sie gibt den Menschen aus allen EU-Staaten ein weitgehendes Aufenthaltsrecht in den anderen EU-Staaten, auch bei Arbeitslosigkeit, ein dauerndes Bleiberecht nach fünf Jahren, das Recht auf Sozialhilfe auch für Familienangehörige von ausserhalb der EU und einen weitgehenden Schutz für Kriminelle vor der Ausweisung. Zweck der UBRL ist der krampfhafteste Versuch, die Bürger zu einem «Heimatgefühl» in der EU zu «bringen»: «Wenn Unionsbürger, die beschlossen haben, sich dauerhaft in dem Aufnahmemitgliedsstaat niederzulassen, das Recht auf Daueraufenthalt erhielten, würde dies ihr Gefühl der Unionsbürgerschaft verstärken und entscheidend zum sozialen Zusammenhalt – einem grundlegenden Ziel der Union – beitragen.» (Erwägung 17) Und für die Durchsetzung dieser Ideologie (schleichende Abschaffung der Nationalstaaten zwecks Ausbau eines EU-Einheitsstaats, den ausser den EU-Bürokraten keiner will) wird ein solches Monster-Gesetz konstruiert ...

Natürlich gehen die in der UBRL gewährleisteten Rechte nicht ganz so weit wie die in den Verfassungen der einzelnen Länder festgeschriebenen Rechte der eigenen Staatsbürger – das wäre mit 500 Millionen Menschen aus 27 Staaten nicht umsetzbar. Trotzdem bedeutet das Aufpumpen dieses Konstrukts vermutlich auch für viele Mitgliedsstaaten schwere finanzielle und soziale Mehrbelastungen.

Für die Schweiz mit ihren hohen Löhnen, Preisen und Sozialleistungen wäre der Zwang zur Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie verheerend. Bereits heute ist es verlockend, in die Schweizer Sozialhilfe einzuwandern, denn jeder weiss, dass deren Zahlungen im Vergleich zu praktisch allen EU-Staaten ein Vielfaches beträgt, zum Teil ein Zifaches. Wenn es ans Lebendige geht, geraten auch manche Redaktoren der «Neuen Zürcher Zeitung», einst unisono eifrige Befürworter des Rahmenabkommens, zusehends ins Wanken. In der Online-Ausgabe vom 28. April stand der Artikel von *Fabian Schäfer* zur Unionsbürgerrichtlinie unter dem Titel: «Zwei Jahre arbeiten, danach Sozialhilfe und schliesslich das Recht auf Daueraufenthalt – wieso sich der Bundesrat beim grössten Streitpunkt mit der EU querlegt.» Schäfer fährt fort: «Die enthüllten Verhandlungspositionen des Bundesrats zum Rahmenabkommen zeigen, wie fundamental der Widerstand bei der Unionsbürgerrichtlinie ist.»

Mit der UBRL bestünde also die Gefahr, dass die arbeitende Schweizer Bevölkerung eine zunehmende Zahl von Sozialhilfebezügern miternähren müsste, die nie Beiträge an unsere Sozialwerke geleistet haben, so dass unser Wohlstand auf den EU-Durchschnitt hinunternivelliert würde. Auch aus wirtschaftlichen Gründen ist es deshalb klüger, als direktdemokratischer und föderalistischer Kleinstaat seinen Weg im Zusammenspiel mit den Nachbarn möglichst eigenständig zu gehen.

Wie Feuer und Wasser

Ganz kurz zu den anderen zwei «offenen Punkten» in den Verhandlungen zum Rahmenabkommen. Die staatlichen Beihilfen, welche die EU im Rahmenvertrag und in künftig zu verhandelnden Abkommen ihrem

prinzipiellen Beihilfeverbot unterstellen will, greifen wir bei anderer Gelegenheit wieder auf – hier geht es um die Gefährdung des Service public, der bei uns für alle Bevölkerungsgruppen und Landesteile einen hohen Stellenwert hat, als Teil unserer genossenschaftlichen Grundwerte.

Zum dritten Punkt, dem Lohnschutz, bemerkte Bundesrat Cassis an der Medienkonferenz vom 26. April: «Auch die flankierenden Massnahmen würden unterschiedlich beurteilt: Für die Schweiz gehe es dabei vor allem um den Lohnschutz. Für die EU stellen diese Massnahmen dagegen eine Wettbewerbsverzerrung dar.»⁶ Die EU anerkenne das Prinzip «gleicher Lohn für gleiche Arbeit», so «eine EU-Beamtin» in der Presse. Die Schweiz solle durchaus Massnahmen ergreifen können, solange diese «proportional und nicht diskriminierend» seien.⁷ Zwei völlig verschiedene Welten! Tatsächlich ist das Entsenderecht der EU mit seinem weitgehend digitalisierten und weitmaschigen Überwachungssystem himmelsweit entfernt von den intensiven und griffigen Kontrollen auf den Baustellen und im Gastrogewerbe, wie sie in der Schweiz die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände gemeinsam organisieren – in einem föderalistisch und demokratisch abgestimmten Zusammenspiel.

Für die Schweizer Gewerkschaften und die Sozialdemokraten waren die flankierenden Massnahmen 1999 unerlässliche Bedingung, damit sie dem Personenfreizügigkeitsabkommen und damit den Bilateralen I zustimmten. Und sie funktionieren! Kein Wunder, dass die SP und die Gewerkschaften unbedingt die flankierenden Massnahmen nach Zuschnitt der Schweizer Sozialpartner behalten wollen.

Ausblick

Einer der vielen Schweizer, der zur Einsicht gekommen ist, wir dürften für das Rahmenabkommen «nicht jeden Preis bezahlen», ist Dr. oec. *Gerhard Schwarz*, langjähriger Leiter der NZZ-Wirtschaftsredaktion und bis 2016 Direktor des Think tank *Avenir Suisse*. Der Autor fährt fort: «Klüger wäre es, hinsichtlich der Politik gegenüber der EU keine zu grossen Erwartungen zu wecken und eine längere Zeit ohne neue Verträge nicht als Katastrophe, sondern als Ausdruck strategischer Geduld zu verstehen.» Gerhard Schwarz kommt zum selben Schluss wie SP-Ständerat Christian Levrat: «So existentiell, wie oft behauptet, sind weitere Verträge und ein institutioneller Rahmen mit der EU nämlich nicht.»⁸

Der Schweiz wird es auch weiterhin gelingen, ihren Platz inmitten Europas einzunehmen, als kooperativer Kleinstaat, der grössten Wert auf Freiheit und eigene Lösungsansätze legt. Bisher ist es uns bestens gelungen, wenn nötig einen kreativen und flexiblen Plan B zu entwickeln. «Der Bundesrat denkt immer an Alternativen», antwortete Bundespräsident Parmelin auf die entsprechende Frage eines Journalisten in Brüssel. Solange man uns nicht mit widerrechtlichen und vertragswidrigen Sanktionen piesackt, werden wir zudem weiterhin gerne bereit sein, angemessene Beiträge an sinnvolle Projekte in ärmeren EU-Staaten zu leisten. Es ist eigentlich alles ganz einfach, wenn man weiss, was man will und was man sicher nicht will. •

¹ «EU-Rahmenabkommen. Parmelin: «So können wir das Rahmenabkommen nicht unterzeichnen». *SRF News* vom 23.4.2021

² *Point de presse* APK-N: «Schweiz – EU – Nationalratskommission gegen Übungsabbruch beim Rahmenabkommen» vom 26.4.2021

³ Burkhardt, Philipp. «Keine Einigung mit der EU. Rahmenabkommen: Jetzt spricht der Bundesrat Klartext». *SRF News* vom 27.4.2021

⁴ Burkhardt, Philipp. «Keine Einigung mit der EU. Rahmenabkommen: Jetzt spricht der Bundesrat Klartext». *SRF News* vom 27.4.2021

⁵ «Abkommen zur Erleichterung der bilateralen Beziehungen zwischen der europäischen Union und der schweizerischen Eidgenossenschaft in den Bereichen des Binnenmarkts, an denen die Schweiz teilnimmt» vom 23.11.2018 https://www.eda.admin.ch/dam/europa/de/documents/abkommen/Accord-inst-Projet-de-texte_de.pdf

⁶ Burkhardt, Philipp. «Keine Einigung mit der EU. Rahmenabkommen: Jetzt spricht der Bundesrat Klartext». *SRF News* vom 27.4.2021

⁷ sda-Meldung. «Bundesrat erwartet von EU beim Rahmenabkommen ein Entgegenkommen». *Südostschweiz online* vom 27.4.2021

⁸ Schwarz, Gerhard. «Die Schweiz hat Zukunft. Von der positiven Kraft der Eigenart». Zürich 2021. S. 84. ISBN 978-3-03810-446-9

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,
Ethik und Verantwortung
für die Bekräftigung und Einhaltung
des Völkerrechts, der Menschenrechte
und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

Zeit-Fragen, Postfach

CH-8044 Zürich

E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch

abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW
IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 37000001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2021 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Zürich.

«Klüger wäre es, hinsichtlich der Politik gegenüber der EU keine zu grossen Erwartungen zu wecken und eine längere Zeit ohne neue Verträge nicht als Katastrophe, sondern als Ausdruck strategischer Geduld zu verstehen. [...] So existentiell, wie oft behauptet, sind weitere Verträge und ein institutioneller Rahmen mit der EU nämlich nicht.» (Gerhard Schwarz)

Schönhalsiger Ruderer mit weisser Weste

Der Höckerschwan – die noble Gans

von Heini Hofmann

Ursprünglich gehörten die «schönhalsigen Ruderer» nicht zur einheimischen Avifauna. Es waren wohl in erster Linie Ästheten, welche den Höckerschwan mit seinem anmutigen Jugendstil-Look auf unseren Gewässern ansiedelten (analog dem rosaroten, hochbeinigen Schönhals namens Flamingo in den Tiergärten). Doch heute ist Fremdling Schwan assimiliert und naturalisiert.

Der Schwan, die noble Gans

Als klein Hansli vom Bauerndorf mit den Eltern erstmals an die Gestade eines Sees kam, meinte er angesichts der dort majestätisch dahinschwebenden Schwäne: «Schau Vater, da hat's auch Gänse.» Worauf der Stammesälteste den kleinen Naseweis überlegen-lächelnd korrigierte: «Hansli, das sind keine Gänse, das sind Schwäne!» Und die Moral von der Geschichte? Recht hatte auch der kleine Wicht! Denn die stolzen Schönhälse namens Schwan sind – zoologisch betrachtet und mit Verlaub gesagt – nichts weiter als Gänse, wenn auch zugegebenermassen deren High-Society.

Das hinderte *Heinrich Heine* nicht, den Umstand, dass Göttervater *Zeus* seiner geliebten *Leda* unkenntlich in Schwanengestalt nahte, zoologisch-sarkastisch zu kommentieren, indem er *Leda* rügt: «Welch eine Gans bist du gewesen, dass ein Schwan dich konnt betören!» Doch was *Heine* nicht bedachte und die schöne *Leda* halbwegs entschuldigt: Die Verführung geschah an Land. Was das bedeutet? *Ferenc Molnar* sagt's im Lustspiel «Der Schwan», wenn er postuliert: «Schwäne sollten immer majestätisch in der Mitte des Wassers bleiben; denn sie sehen an Land wie Gänse aus» ...

Eingebürgert und verwildert

Die Ansiedlung von ursprünglich bei uns nicht heimischen Höckerschwanen aus Nordosteuropa und Kleinasien reicht bis ins 19. (in England gar ins 13.) Jahrhundert zurück. Der schneeweisse, wohlgeformte, majestätisch schwimmende und zudem sagemumwobene Wasservogel diente vorerst zur verzierenden Belebung verträumter Weiher in Landgut-, Schloss- und Stadtparken. Von hier fand er den Weg in träge Fliessgewässer, gestaute Flussstrecken und schliesslich auf Seen.

Heute findet man den weissen Langhals auf vielen grossen und kleinen Seen, meist bis zu Höhen unter 600 m ü. M., gelegentlich bis auf 1000 m ü. M., in den Alpen – ausgesetztweise – sogar bis über 1700 m ü. M. (so früher auf den Seen von St. Moritz und Arosa). Allerdings müssen Schwäne auf solcher Höhe im Winter infolge Vereisung abwandern oder eingefangen werden.

Kurz: Bei den Schwänen in ganz Mitteleuropa handelt es sich praktisch durchwegs um mehr oder weniger verwilderte Nachkommen eingesetzter Parkschwäne. Während die Höckerschwäne im kontinentalen Bereich ihres Verbreitungsgebiets Zugvögel sind, gelten sie in Europa als Stand- und Strichvögel; ein Umherstreichen im Frühjahr und Herbst ist hauptsächlich nahrungsbedingt.

Von halbwild bis zahm

Da sie keine natürlichen Feinde haben und jagdlich bedeutungslos sind, und weil sie sich im Sommerhalbjahr infolge der zivilisationsbedingten Eutrophierung (Überdü-



Höckerschwan mit Jungen. Gut sichtbar der Höcker am oberen Ende des Schnabels und die sich vom Höcker zu den Augen verjüngenden unbefiederten schwarzen Partien, die «Zügel». Beide Eltern pflegen die Jungen zu führen, an der Spitze des Schwimmzügels ist aber meist die Mutter. (Bild Heini Hofmann)

gung) unserer Gewässer reichlich ernähren und zudem das Winterhalbjahr dank ihrer Robustheit gut überdauern können, zumal sie sich als Kulturfolger mit den futterspendierenden Menschen arrangiert haben, gedeihen die Schönhälse derart munter, dass sie zum Ökoproblem werden können.

Auf Schweizer Gewässern tummeln sich heute rund 7500 schwimmende Märchenfiguren, während es Mitte letztes Jahrhundert erst deren 2000 waren. Allerdings befinden sich darunter nur etwa 650 Brutpaare; der Rest sind noch nicht fortpflanzungsfähige Jungtiere, alte Einzelgänger sowie Paare, welche kein Brutrevier erobern konnten. Die stärksten Höckerschwan-Populationen finden sich auf dem Bodensee (Erstaussatzung 1917), dem Neuenburger- und dem Genfersee (seit 1837). Auf dem Zürichsee ist die Art seit 1929 heimisch. In ganz West- und Mitteleuropa leben momentan um die 200 000 Höckerschwäne.

Während halbwilde Schwäne eutrophe Gewässer mit seichten Ufern, viel Unterwasserpflanzen, ausgedehnter Verlandungszone und breitem Schilfgürtel bevorzugen, halten sich zahme und somit vom Menschen abhängige Langhälse gerne an besiedelten Gestaden auf, bis hinein in Städte, wo sie sich auch nicht scheuen, vor aller Augen zu brüten.

Der namengebende Höcker

Die schönhalssigen Ruderer gleiten, weissen Papierschiffen gleich, majestätisch und lautlos übers Wasser, den Schwanz leicht angehoben, den Hals anmutig gebogen. Fast könnte man meinen, die «stolzen» Gesellen wüssten um ihre Schönheit und Anmut. Ihre «saubere Weste», das schneeweisse Gefieder, dominiert die Gesamterscheinung der imposanten Schwimmvögel, pointiert durch einige auffallende Attribute.

Der orangefarbene Schnabel, versehen mit feinen Hornlamellen, die ein Herausfiltrieren der Nahrung aus dem Wasser ermöglichen, ist ein Mehrzweckinstrument, das sowohl zum Fressen wie zum Putzen und Verteilen

des Bürzeldrüsensekrets, ja sogar zum Eierwenden dient. Am Schnabelgrund sitzt ein mehr oder weniger grosser, schwarz gefärbter Höcker, der dem Tier den Namen gab; er ist beim Männchen – zumal in der Brutzeit – stärker ausgebildet als beim Weibchen, das sich sonst, mit Ausnahme vielleicht der Körpergrösse, kaum vom männlichen Partner unterscheidet.

Maskenhaft wirken die «Zügel» am Kopf des weissen Ruderers. Gemeint sind nicht jene, die der Held der Gralsage in *Richard Wagners Oper Lohengrin* in Händen hält, wenn er auf Geheiss des Königs *Artus* in einem von einem Schwan gezogenen Nachen der bedrängten Herzogin *Elsa von Brabant* zu Hilfe eilt, sondern die wie der Höcker ebenfalls schwarzen, unbefiederten Partien seitlich am Kopf, Zügel genannt, die sich nach hinten bis zu den nussbraunen Augen verjüngen.

Die «Unveränderlichen»

Beine und Ruderfüsse der erwachsenen Schwäne schliesslich sind von grau-schwarzer Farbe, und die Zehen zwei bis vier sind durch Schwimmhäute verbunden, wie das für alle Gänseartigen typisch ist, zu welcher Ordnung neben Gänsen, Enten und Sägem auch die Schwäne gehören. Das Jugendkleid der Schönhälse ist braun, im Übergang zur Adultfärbung scheckig, weil dann die weissen Federbasen sichtbar werden. Seit wenigen Jahrzehnten beobachtet man bei den halbdomestizierten Schwänen unter Jungtieren gelegentlich ein bereits im Jugendkleid reinweiss gefärbtes Individuum.

Dabei handelt es sich um eine streng alternativ vererbte Mutante, bedingt durch ein rezessives Gen im Geschlechtschromosom. Man nennt solche Tiere «Unveränderliche» («immutabilis»), oder, weil diese Spielerei der Natur zuerst in Polen gesehen wurde, auch «Polenschwäne». Ihre Beine und Füsse bleiben zeitlebens fleischfarben. Genauer weiss man nicht. Vermutet wird, dass diese «unveränderlichen» Jungschwäne, weil kein

Jugendkleid tragend, das bei älteren Artgenossen schonendere Behandlung auslösen würde, einem stärkeren Selektionsdruck ausgesetzt sind.

Tierliches Tragflügelboot

Schwäne sind, obschon wir Menschen sie meistens am Tag zu sehen pflegen, sowohl tag- als auch nachtaktiv. Während Jungschwäne bei Gefahr auf Tauchstation gehen, tun dies ältere nicht. Denn erwachsen sind sie so etwas wie die Alphiere unter dem Wassergeflügel, und als solche geizt es sich nicht, die Flossen zu klopfen ...

Im Gegenteil, man stellt sich mit Droh- und Imponiergebaren der Gefahr: Angriff oder «Imponierschwimmen» erfolgen mit s-förmig zurückgelegtem Hals, angehobenen Ellenbogen, so dass sich die Flügel weissen Segeln gleich über den Rücken wölben, unter gereiztem Zischen und – besonders imposant – mit schäumender Bugwelle. Dabei schiesst das tierliche Tragflügelboot ruckartig vor, weil in solch «dringenden Fällen» mit beiden Füssen gleichzeitig gerudert wird.

Während sie im Winter gesellig leben, verhalten sich Schwanenpaare zur Brutzeit territorial, und nichtbrütende Schönhälse formieren sich zu Gruppen. Gewöhnlich beginnt die Schwanenfrau im April zu legen: fünf bis sieben oder gar neun grosse, graugrüne Eier, die im Verlauf des Brütens, das 35 Tage dauert, schmutzig-braungelb werden. Der Bruterfolg liegt kaum über fünfzig Prozent.

Ganze 25 Halswirbel

An Land ruht der Schwan liegend oder stehend; im Wasser lässt er sich treiben. Beim Schlafen wird der Schnabel nicht unter den Flügel, sondern unter das Schultergefieder gesteckt. Dabei wird oft das eine Bein rückwärts angehoben. Beim Sich-Putzen imponiert die extreme Geschmeidigkeit des Halses, beruhend auf der stolzen Zahl von 25 Wirbeln (kein anderer Vogel hat deren mehr).

Die Toilette mit viel Zeremoniell dauert an Land wesentlich länger als im Wasser: Schwanzwedeln, Kopf-Hals-Reiben, Sich-Flügeln, Putzknabbern, Gefieder-Glätten, Schnabel-Eintauchen und -Schleudern, Kopf-Kratzen und -schütteln, Streck-schütteln, Federdurchziehen, erneut Kopfschütteln, Flügel winkeln – und dann wieder Schwanzwedeln. Wer weiss trägt, putzt länger ...



Eine Schwanenfamilie: Die Mutter mit zwei Jungen im Nest. Der Schwanenmann jederzeit bereit, seine Familie gegenüber Störungen zu verteidigen. (Bild Heini Hofmann)

Diskrete Schwanenhochzeit

hh. Die Paarbildung erfolgt ohne grosses Getue. Doch das Liebesvorspiel, die Balz, ist streng ritualisiert: Kopf-Wenden, Schnabel-Senken, Schnabel-Rucken, Schein-Putzen, Schnabel-Eintauchen (=Schein-Fressen), Dippen (=Hals-Strecken über dem Wasser), Schnarchen – und schliesslich die Zärtlichkeitshaltung mit Kopfberührung bei gestäubten Kopffedern. Bref: Liebeswerben bei den Schwänen bedeutet Aufwand!

Wenn *Friedrich Hölderlin* von den «holden Schwänen» schreibt «... und trunken von Küssen tunkt ihr das Haupt ins heilig-nüchterne Wasser», so beschreibt er in der überschwenglichen

Sprache des Romantikers nichts anderes als das, was Wissenschaftler unromantisch-realistisch «Doppelhalstauchen beim Kopulationsvorspiel» nennen.

Die Paarung dauert wenige Sekunden, wobei das Männchen das Weibchen im Nackengefieder festhält, um sich nach der Paarung seitwärts runterfallen zu lassen. Einem kurzen Aufrichten beider Vögel Brust an Brust folgt die normale Schnabelsenkhaltung. Dann hat die Liebe ein Ende – und das Putzen nimmt seinen Fortgang. So reiht sich denn auch die Schwanenhochzeit in die Realität biomechanischer Abläufe ...